

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2,50 M., ohne Zust. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die hochgehaltene Zeitungs-Druckerei 75 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne mit Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 78

Dienstag den 5. April 1921

87. Jahrgang

Der Fleischer Martin Schneider in Niederpöbel beabsichtigt nach Maßgabe der bei der unterzeichneten Behörde zur Einsicht ausliegenden Zeichnung in dem Nebengebäude des der Lina veredel. Frische gebredigen Grundstücks Nr. 43a des Flurbuchs Blatt 69 im Grundbuch, Nr. 2 B der Ortsliste für Niederpöbel eine

(Kleinvieh-Schlächtereinrichtung)

zu errichten.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung sind etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Privatrechtsfragen beruhen, bei deren Verzicht binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 31. März 1921.

Um Staatsbeihilfen zur Förderung der Jugendpflege ist bis spätestens 1. Juni 1921 nachzuforschen, und zwar sind

- die Gesuche der Ortsausschüsse für Jugendpflege und der keinem Landesverbande angehörenden Vereine beim Bezirksschulamt,
- die Gesuche der angehörenden Vereine an die Vorstände ihrer sämtlichen Landesverbände einzureichen.

Weiter die zurzeit in Betracht kommenden Landesverbände gibt das Bezirksschulamt Auskunft.

Zu diesen Gesuchen ist ein besonderer Vordruck (Nr. 486) zu verwenden, der von der Buchdruckerei C. Heinzl, Dresden, Al. Meißner-Gasse 4, zu beziehen ist. Gesuche, die nicht unter Benutzung des Vordrucks eingereicht werden, weist das Kultusministerium zurück.

Die nach dem 1. Juni 1921 eingehenden Gesuche haben keine Aussicht auf Berücksichtigung. Dippoldiswalde, am 1. April 1921. 297 K. Das Bezirksschulamt.

## Öffentliche Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde

Donnerstag den 7. April 1921 abends 8 Uhr im Ratssitzungsraum. Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

## Selekta an der Bürgerschule.

Die an der hiesigen Bürgerschule bestehende Selektionsabteilung ist von Ostern ab. Ja. ab aufgelöst worden.

Dippoldiswalde, am 2. April 1921.

Der Stadtrat.

Druckfächer für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne.

## Derbliches und Sächliches.

Dippoldiswalde. Wiederum hat das Wetter zum diesjährigen Frühlingsschnee eine alle Annahme ins Wanken gebracht. Es gilt bei vielen Leuten als durchaus feststehend, daß es zum Jahresanfang regnen müsse, und auch der gestrige Sonntagmorgen sah ganz aus, als wenn der Himmel jede Minute seine Schichten öffnen und das an sich sehr erwünschte Reg auf die dürstende Erde ausgießen wolle. Es kam aber auch diesmal anders, die Wolken verzogen sich und es war uns ein Frühlingstag beschied, so sonnig und schön, wie ihn sich ein argehnender Frühlingsschnee eben nur wünschen kann. Es war deshalb auch kein Wunder, wenn sich die Menschenmassen mit Bahn, Geschnitz und zu Fuß auf den Markt stürzten und alle Straßen und Plätze füllten. Die Budenreihen waren gestopft voll und auch die Läden, und nicht zuletzt die Gaststätten waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Hoffentlich sind alle mit dem Verlauf am gestrigen Tage zufrieden und hält auch durch sein Wetter der heutige Tag, was er am Morgen verspricht.

In einer am Sonnabend nachmittags stattgefundenen Sitzung wählte der Vorstand der Landratskassette Dippoldiswalde-Land den bisherigen zweiten Beiräten der Allg. Distriktskassette Dippoldiswalde-Stadt, Herrn Arno Ebel, einstimmig zum Kassierer seiner Kasse. Dieser Kassierposten war durch die Wahl des Herrn Adam als Kassierer der Distriktskassette Dippoldiswalde freigeblieben. Der Wechsel der beiden Beamten findet am 1. Mai statt.

Herrn Superintendent Michael, hier, ist jetzt ebenfalls noch die Rolle Kreuz Medaille 3. Klasse verliehen und ausgetauscht worden.

Der 1. Schlagballmannschaft des Turnvereins Dippoldiswalde ist es gelungen, im Schlagballspiel (Kießspiel) gegen die 2. Mannschaft „Guts Muths“ in Dresden am vergangenen Sonntag sich den Sieg zu erkämpfen, wobei sie am 1. März feierlich an „G. M.“ in Dippoldiswalde verlor. Es war ein Spiel, wie es sein soll: Voll spannender Momente bis zum Schluß und äußerst wechselreich, was ja schon die nächsten Punkte beider Parteien bezeugen. Nachdem die 2. „G. M.“ teils mit besseren Leuten antrat und Dippoldiswalde nur mit 11 Mann spielte, gelang es Dippoldiswalde doch, den sich zähl währenddem Gegner in der Halbzeit mit 32:20 und im Endresultat mit 48:46 zu schlagen.

Tagesordnung zur 3. Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde, Donnerstag den 7. April 1921 abends 8 Uhr im Ratssitzungsraum. A) Öffentliche Sitzung: Mitteilungen (Klein, Stein). — 1. Angebot der Gemeinde-Verkehrsverbände. — Eingabe des Elternrats. — Vorlage, die H. P. Kassen betr. — Vorlage, Unterrichts im Schuljahr 1921/22 betr. — Vorlage, Neuwahl des Elternrates betr. — B) Nichtöffentliche Sitzung.

Am 2. April hielt die hiesige Freiwillige Feuerwehr ihre Hauptversammlung im Bahnhotel ab. Aus dem ausführlich ausgearbeiteten Jahresbericht, erstattet vom Feldwebel Arthur Schmidt, war zu ersehen, daß die Wehr im vergangenen Jahr 11 Übungen, darunter 2 gemeinschaftliche mit der Pflanzwehr, abgehalten hatte. Außerdem fanden eine Führer Übung und eine solche der Landspitzenabteilung statt. In einigen Ausschüssen und Nachversammlungen wurden die inneren Angelegenheiten der Wehr erledigt. Die Wehr besteht zurzeit aus 6 Offizieren, 72 Aktiven und 23 passiven Mitgliedern. Es wäre sehr erwünscht, daß sich noch recht viel Leute der Wehr anschließen möchten, leider werden aber die höchsten Ziele, welche eine freiwillige Wehr verfolgt, nicht eingeleitet. Theaterwachen wurden im Berichtsjahr 129 ge-

stellt. Zur aktiven Tätigkeit wurde die Wehr viermal gerufen und zwar am 14. Oktober nach dem Wehrschiffwerk, am 26. November nach dem Rathaus, am 22. Dezember nach der Kasse und am 18. März nach dem Taubenberg zu einem Waldbrand. Die Landspitzenabteilung rückte einmal aus und zwar am 31. Mai nach Reinholdshain. Der Tod ist auch dieses Jahr wieder einen Aktiven und einen passiven Kameraden aus unserer Mitte. Das Korps erhielt auch die Kunde, daß in Rußlands weiten Gefilden ein treuer Kamerad, Franz Kiesel, nach langer Gefangenschaft auf der Reise in die Heimat ihm durch den Tod genommen wurde. Im hohen Alter starb nach kurzer Krankheit das passiv Mitglied Klempnermeister Timm. Kameradschaftlich beteiligte sich die Wehr am Kurzuge der Schützen, an der 50jährigen Jubelfeier in Reinholdshain, an der 25jährigen in Seifersdorf und am Bezirksfest in Wahrenstein. Außerdem hielt die Wehr ein Vogelweiden und ein Weibschissvergnügen ab. Mit einem Dank auf die städtischen Absperrschützen für bereitwilliges Entgegenkommen schloß der Bericht. Der Kassierbericht, erstattet vom Kassierer Weißbach, weist folgende Zahlen auf: Kampagnenkasse 562,04 M. Einnahme, 344,73 Ausgabe. Kassenbestand 217,31 M. Unterstufungskasse 2256,08 Einnahme und Kassenbestand. Als Rechnungsprüfer wurden die Kameraden Hörl und Kerschmar gewählt. Die Wahl des Hauptmanns, Feldwebels und Kassierers war einstimmig und zwar erhielten von 50 Stimmgäbeln Hauptmann Heinrich, Feldwebel Schmidt, Kassierer Weißbach je 49. Alle drei gewählt wurden die Wahl an. Als Ausschußmitglieder wurde Kamerad Müller und Hörl wiedergewählt, die Wahl als Oberstabsmitglied fiel einstimmig auf Kamerad Alfred Körner. 8 Kameraden, welche jede Übung besucht hatten, konnten auch dieses Jahr wieder mit kleinen Geschenken bedacht werden. Nachdem Herr Brand-Direktor Reiner, welcher der Versammlung bis Ende bewohnte, den Dank für schnelles Eingreifen bei Einfällen der Wehr übermittelte hatte, schloß Kommandant Herr Arthur Reichel, der am Beginn der Versammlung die Erschienenen begrüßt hatte, mit herzlichen Worten die gut besetzte Versammlung.

Hörsdorf. Mit Donnerstag den 7. April beginnt der Fortbildungskursusverband Hörsdorf und Umg., der die Schulgemeinden Hörsdorf, Ruppendorf, Borlas, Obercunnersdorf und Verwalde umschließt, seine Wirksamkeit. Die Fortbildungspflichtigen Mädchen des Verbandes haben sich nachm. 1/2 Uhr, die Knaben 1/4 Uhr in der Hörsdorfer Schule einzufinden. Die Unterrichtszeit erstreckt sich im Schuljahr 1921/22 auf 8 Monate mit je 4 Wochenstunden; in der Zeit vom 15. Juni bis 15. Oktober ist der Fortbildungskursusunterricht aus.

Wilmshausen. Der hiesige Männer-Gesangsverein „Guter Zwang“ geduldet am 23. April sein Stiftungsfest zu feiern.

Pollendorf. Bei der am 23. März stattgefundenen Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins zu Pollendorf und Umgereb wurden von Herrn Kreissekretär Dr. Adolph im Auftrag des Landwirtschaftlichen Kreisvereins den Herren Kreisgutbesitzer Friedrich Wilhelm Ulrich in Werdelsdorf und Gemeindevorstand Gutsbesitzer Ernst Rade in Wilmshausen die bronzene Medaille und den Herren Kreisstellen-Direktor Gustav Quirig und Gutsbesitzer Max Hauswald in Pollendorf je ein Ehrenplakat für langjährige treue Mitgliedschaft und Verdienste um die Landwirtschaft unter anerkennenden Worten überreicht. Daran anschließend hielt Herr Dr. Adolph einen interessanten Vortrag über Tagesfragen. Hieran knüpfte sich eine lebhafteste Aussprache.

Dresden. Es ist stark damit zu rechnen, daß Wirtschaftsminister Schwarz, der seit langer Zeit erkrankt ist und sich zur Kur im Schwarzwald aufhält, nicht in sein Amt zurückkehrt. Man hat die Entscheidung darüber den Ärzten anheimgegeben. Es spricht aber alles dafür, daß Schwarz das Ministerium verlassen wird. Er wird sich dann wahrscheinlich auf die Ausübung seines Abgeordnetenmandates beschränken.

Die Kreisshauptmannschaft Dresden hat der Gemeinde Falkenhain bis zum 31. Mai Genehmigung zur Sammlung innerhalb der Gemeinde erteilt, zur Errichtung eines Arbeiter-Ehrenmals, sowie den Kirchenvorständen Fürstenwalde und Fürstenaue bis zum 30. April zur Beschaffung von neuen Kirchenglocken.

Die Kommunisten geben jetzt folgendes Flugblatt im Plauenischen Grund und in Dresden heraus: Durch den Verrat der Allgemeinen Arbeiterunion sind wir gezwungen, den Generalstreik abzubrechen. Der Verrat der A. A. U. besteht darin, daß sie in letzter Stunde eine Beteiligung am Generalstreik ablehnte. Aus diesem Grunde sind wir gezwungen, den Streik abzubrechen. Wir erziehen die arbeitende Bevölkerung des Plauenischen Grundes derer, wieder in die Betriebe zu gehen. Wir fordern aber von der Arbeiterklasse, daß sie gerüstet bleibt, um sofort, wenn es die politische und wirtschaftliche Lage erfordert, erneut in den Generalstreik zu treten. Arbeiter! Seid auch weiter auf der Hut und seid gerüstet zu neuen Kämpfen. Vereinigte kommunistische Partei, Bezirk Plauenischer Grund.

Am Donnerstag erschienen gegen 200 kommunistische Demonstranten im Elektrizitätswerk zu Deuben und forderten die sofortige Einstellung des Betriebes. Die Belegschaft ließ sich jedoch nicht verblüffen und veranstaltete eine Abkündigung, die die Ablehnung des Generalstreiks gegen vier Stimmen ergab. Die Demonstranten wurden daraufhin kurzerhand von den Arbeitern aus dem Betriebe herausgewiesen. Wehrlich erging es den Kommunisten in einer Reihe anderer Betriebe in Deuben.

Kossen. Die Eierpreise sind in der Gegend von Kossen erheblich gefallen. In den letzten Tagen wurde für das Stück 50 Pf. gezahlt.

Leipzig. In der Nacht zum Freitag wurde ein Anschlag auf das Patronenhäuser der Plauenischen unternommen. Der Wachposten bemerkte einen Menschen, der sich in verdächtiger Weise in der Nähe des Patronenhäuses zu schaffen machte. Als der Posten herbeilief, gelang es dem Täter, in ein in der Nähe wartendes Automobil zu springen und mit diesem zu entkommen. Zweifelloso sollte das Patronenhäuser in die Luft gesprengt werden.

Borna. Die Arbeitgeberverbände des Grimmaer und Bornaer Braunkohlenreviers forderten die Belegschaften auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie sich als entlassen anzusehen haben.

Delsitz. Aus dem Lugau-Ostbayer Revier wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der Streik bereits im Ablauf begriffen ist. In Lugau und Geradorf wird auf allen Zechen gearbeitet, nur auf einzelnen Werken des Deutsches-Konzerns in Delsitz, auf den Vereinigungsstätten und dem Hedwigschacht fehlt noch die Hälfte der Arbeiter, meist Jugendliche. Es wird auch auf diesen Zechen gearbeitet.

Hohenstein-Ernstthal. Die Stieblungsgehilfen-Gesellschaft Chemnitz-Band läßt auf dem Pfaffenberg unweit des „Restaurants Wind“ gegenwärtig 19 Einfamilienhäuser erbauen, die trotz ihrer Einfachheit pro Haus 70- und 80000 Mark kosten. Die ganze Siedlung, die auf der höchsten Stelle des sächsischen Mittelgebirges erbaut wird, soll 52 Häuser umfassen.



## Amerika will vermitteln.

Neue Verhandlungen in der Entschädigungsfrage.  
Die Verhandlungen über die Entschädigungsfrage, die durch den scharfen Abbruch der Londoner Konferenz auf dem toten Punkt angelangt sind, sollen jetzt anscheinend durch Vermittelung von dritter Seite wieder flott gemacht werden. Nach einer Pariser Drahtung berichtet der Berliner Vertreter des Brüsseler Blattes "Ringlisme Steele", daß nach Erklärungen, die er in diplomatischen Kreisen erhalten hat, die deutsche Regierung sich mit der Absicht trage, den Alliierten neue Vorschläge in der Wiedergutmachungsfrage zu machen. Diese Absicht wäre auf eine Intervention der Vereinigten Staaten, die dem Berliner Kabinett entsprechende Eröffnungen gemacht hätten, zurückzuführen.

### Unverändliche Beratungen in Berlin.

Nach einer Radiomedung aus Washington vom 1. April gibt bereits das amerikanische Staatsdepartement bekannt, daß Verhandlungen von nichtoffizieller Charakter zwischen der amerikanischen Mission in Berlin und den deutschen Behörden über die Wiedergutmachungsfragen stattgefunden haben. Jedoch ist man, wie das Staatsdepartement weiter erklärt, zu einem Beschluß bisher noch nicht gekommen.

### Eine amtliche deutsche Auslassung.

Auf eine Anfrage der "B. Z." am Mittag wird von den zuständigen Stellen in Berlin zu der Meldung des Brüsseler Blattes mitgeteilt, daß von wirklichen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der amerikanischen Mission bisher nicht die Rede ist. Es sei lediglich im Laufe eines Gesprächs, das der amerikanische Geschäftsträger mit einer maßgebenden Persönlichkeit des auswärtigen Amtes geführt hat, die Rede auch auf die Wiedergutmachungsfrage gekommen, und diese Persönlichkeit habe den bekannten deutschen Standpunkt nochmals dargelegt. Von neuen deutschen Plänen in der Reparationsfrage sei vorläufig nicht die Rede. Die amerikanische Regierung als solche habe auch noch nicht hier den Wunsch geäußert, in der Entschädigungsangelegenheit zu vermitteln.

Wie das Berliner Blatt dazu noch erfährt, hat sich eine deutsche Persönlichkeit, die mit deutsch-amerikanischen Beziehungen und mit der Reparationsfrage vertraut ist, zu Reichsminister Dr. Simons nach Luga begeben. Es sei anzunehmen, daß diese Reise mit der amerikanischen Fühlungnahme in der Frage der Wiedergutmachung in enger Verbindung stehe.

Schon seit einiger Zeit ging das Gerücht um, daß Amerika einen Vermittlungsschritt in der Entschädigungsfrage unternehmen würde, um die beiden Parteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, nachdem man sich in London so gründlich entweit hatte. Die Anregung zu der amerikanischen Intervention ist, wie in Berlin berichtet wird, nicht von deutscher Seite ausgegangen. Die Vermittlung wird vielmehr von der französischen Regierung begünstigt. Von ihrem Sonderbotschafter in Wien ist angeregt worden, der augenblicklich in Washington weilte und dort einen verzweifelten Hilferuf an Amerika gerichtet hat. Wien ist beteuert hoch und heilig, Frankreich wolle seine amerikanischen Schulden restlos abtragen, aber dann müsse es selbst erst die deutsche Entschädigungssumme erhalten. Zur Lösung dieses Zahlungsproblems hat der französische Sendling gleich einen festen Plan mitgebracht, über den der amerikanische Staatssekretär Hughes dem Washingtoner Korrespondenten der "Times" ganz interessante Angaben gemacht hat. Die Vereinigten Staaten sollen Deutschland erweiterten Kredit gewähren, damit der Erfolg dieser Hilfeleistung in Form von Kriegsentchädigungen nach Frankreich zurückfließe.

Ob Amerika sich mit einer derartigen Vergütung der beiden Zahlungsprobleme abfinden wird, steht heute noch nicht fest. Zweifellos haben die Amerikaner, da sie aus eigenen finanziellen und geschäftlichen Interessen auf die Rückzahlung der Anleihe-Schulden der Alliierten nicht verzichten können, großes Interesse an den deutschen Reparationsleistungen an die Alliierten. Auf der anderen Seite aber glauben sie, sich angesichts der unsicheren wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands nur schwer zu einer großzügigen Kreditaktion entschließen zu können. Kommt es trotzdem doch dazu, dann geschieht es — darüber wollen wir uns keiner Hoffnung hingeben — nicht etwa aus besonderer Sympathie für Deutschland, sondern lediglich aus rein amerikanischen Geschäftsinteressen, die ebenso wie im Weltkrieg auch diesmal zu einer Einmischung Amerikas in die europäischen Angelegenheiten den Ausschlag geben werden.

## Karl verläßt Ungarn.

### Die Votschastertkonferenz gegen den Erzkanzler.

Das Abenteuer Karls nähert sich seinem Ende. Wenn auch die Nachrichten aus Ungarn noch voll von Widersprüchen sind, so läßt sich doch mit aller Bestimmtheit erkennen, daß der Versuch der Wiederherstellung der Habsburgerherrschaft völlig mißglückt ist. Diese Tatsache wird dem Erzkanzler durch eine Erklärung der Votschastertkonferenz, die wohlgeachtet auf Empfehlung von Cambon, der das im Auftrag der französischen Regierung tat, beschlossen wurde. In dieser Erklärung heißt es:

Die Ereignisse, die sich jetzt in Ungarn abspielen, verpflichten die alliierten Großmächte, der ungarischen Regierung und dem ungarischen Volk den Text ihrer Erklärung vom 4. Februar 1920 in Erinnerung zu bringen. Getreu den Grundätzen, die in dieser Erklärung festgelegt sind, betont die Entente wiederholt, daß die Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie den Frieden in seinen Grundlagen erschüttern würde, und daß eine Thronbesteigung keinesfalls gebildet werden könne. Die alliierten Mächte nehmen an, daß die ungarische Regierung energische Maßnahmen ergreifen wird, um die Versuche, die, selbst wenn sie nur zeitlichen Erfolg haben, für Ungarn nachteilig wirken können, zu vereiteln.

Die Erklärung wurde von Vertretern der verbündeten Mächte in Budapest gedruckt; sie soll den ungarischen Vertretern auf der Konferenz unterbreitet und den Vertretern Österreichs, Südschweizens, Tschechiens, Rumäniens und Bolens offiziell mitgeteilt werden. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche zweifelhafte Haltung man zum Teil in Paris dem Unternehmen Karls gegenüber beobachtete, so weiß man nach der obigen Erklärung, daß seine Sache verloren ist.

### Eine Erklärung des Grafen Sforza.

Eine scharfe Abfage wurde Karl auch zuteil durch eine Erklärung des italienischen Außenministers Graf Sforza, der auf eine Anfrage im Senat die Rückkehr des Erzkanzlers Karl mit verächtlicher Berachtung als niedrigen Egoismus bezeichnet. Eine Restauration der Habsburger sei aussichtslos bei der bedingungslosen Opposition Italiens, der übrigen Nachbarstaaten und angesichts der besonderen Abmachungen zwischen Rom, Prag und Belgrad gegen Habsburg, sowie der Haltung der Großmächte und der Stimmung des ungarischen Volkes. Die Entente drängt auf die schnelle Abreise, Italien ließe den Erzkanzler eventuell nach Spanien durchreisen. Hoffentlich brauche das italienische Parlament nie wieder diesen Herrn zu erwähnen, der aus kindischer Eitelkeit Ungarn den schwersten Gefahren aussetze.

### Karl Niederlage in der ungarischen Nationalversammlung.

Nützen somit die Aufmärsche deutlich von Karl ab, so hat er dazu in Budapest selbst eine empfindliche Niederlage erlitten. Von der Nationalversammlung wurde über den Antrag der kleinen Landwirte ein Beschlusantrag des Abgeordneten Karol Hencz angenommen, der besagt, daß der jetzige Zustand als legitim betrachtet werden muß. Die Ankunft des Erzkanzlers bilde eine Gefahr für das Land und die Nationalversammlung werde aufgefordert, jede einseitige Etablierung dieses Rechtszustandes zu verhindern. Hierauf unterbreitete Abgeordneter Jolien Meszko einen Beschlusantrag, in dem die Nationalversammlung im Namen der ungarischen Nation ihren warmen Dank an ihre unverbrüchliche Anhänglichkeit gegenüber dem Reichsverweser Horthy Ausdruck gibt. Beide Anträge wurden, der erste einstimmig und der zweite mit großer Stimmenmehrheit, angenommen.

### Ein Brief Karls an Horthy.

Nach langem Sträuben hat, wie sich jetzt bestätigt, der Erzkanzler Karl in die Rückreise aus Ungarn eingewilligt und damit selbst zugegeben, daß er seine Sache, wenigstens einstweilen, für unmöglich ansehen muß. Daß aber Karl den Verzicht nur als zeitlichen Aufschub haben will, ist ersichtlich aus der Ankündigung eines Briefes an den Reichsverweser Horthy, in dem er seine Meinung genau festlegen werde. Er betrachte sich als rechtmäßigen König von Ungarn und verlasse das Land nur, weil es gegenwärtig seine höchsten Interessen erfordere; aber er behalte sich vor, einfließenden ungarischen Thron wieder zu besteigen.

### Reisevorbereitungen.

Für die Rückreise Karls wurde der Reiseweg durch Österreich mit den entsprechenden Schutzmaßnahmen bereits vereinbart. Wie verlautet, werden zwei Ententeoffiziere den Zug des Erzkanzlers Karl begleiten. Auch zwei Mitglieder des Nationalrates, ein Großdeutscher und ein Sozialdemokrat, sind von der Regierung beordert worden, im Zuge mitzureisen.

## Bandenkrieg im Aufruhrgebiet.

### Erneute Verschärfung der Lage in Mitteldeutschland.

Trotz dem erfolgreichen Fortschreiten der polizeilichen Säuberungsaktion hat die Lage an manchen Orten eine Verschärfung erfahren. Versprengte und flüchtigkeitsammelnde Truppen der vordringenden Truppen zu neuen Banden an, die raubend und plündernd das lichte Land heimsuchen, Werkanlagen zerstören und terroristische Gewalttakte verüben. Es ist vor allem das Gieß- und Unstruttal, die noch immer von verbrecherischen Banden drangsaliiert werden.

### Schwere Verfolgungsgeschichte nördlich Halle.

In dem Gebiet nördlich Halle hat eine Abteilung der Schutzpolizei die kommunistischen Banden bei Bebenstedt gestellt. Sie hatten vorher die Gegend von Wettin, Könnern, Raundorf, Lobitzin und Alleben unsicher gemacht. Die Schutzpolizei hatte dabei keine Verluste, der Gegner dagegen achtzehn Tote und eine entsprechende Anzahl Verwundete. Bis jetzt wurden ihnen 19 Gefangene abgenommen, 5 Maschinengewehre, über 150 Gewehre, 2000 Schuß Maschinengewehrmunition, 1500 Schuß Infanteriemunition und ungefähr 30 Fahrzeuge. Nach Aussage der Gefangenen sollen die Führer der Banden Schneider, Mansfeld und Max Böls gewesen sein. Sie wurden verfolgt.

Auch bei Wette im Unstruttal fand am 1. April ein schweres Gefecht zwischen der Schutzpolizei und den Aufrührern statt, wobei diese schwere Verluste erlitten.

Wie das Oberpräsidium der Provinz Sachsen mitteilt, ist die Lage im Regierungsbezirk Magdeburg und in Wittenburg unverändert. Im Mansfeldischen hat sich eine Anzahl Aufrührer nach dem Harz verzogen. Es werden weitere Verhaftungen vorgenommen. Auch in Neuhaldensleben sind einige Festnahmen von Kommunisten erfolgt. In allen Erfurter Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen. Eine größere Anzahl von führenden Kommunisten ist in Schutzhaft. In Gotha treibt die R. P. D. seit einigen Tagen lebhaft Propaganda durch Flugblätter bei dem Reichswehrtruppenteil in Ohrdruff. In Halle wird überall gearbeitet, vor allem auch in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Nur in drei Betrieben ist die Arbeit niedergelegt worden, jedoch besteht die Hoffnung, daß die Belegschaft die Arbeit in Kürze wieder aufnimmt.

In Liebenwerda ist es bisher zu keinem Zusammenstoß gekommen. Es wurden 23 Haupttäter festgenommen. Die Belegschaften der Werke wollen die Arbeit aufnehmen und sind froh, daß sie vor dem Terror der Banden befreit sind. Im Dölschauer Kohlenrevier ist ein verbrecherischer Anschlag gegen Grubenanlagen von Bergarbeitern verübt worden.

## Reichskanzler Fehrenbach an die Hamburger Schutzpolizei.

Reichskanzler Fehrenbach richtete an den Hamburger Senat folgendes Telegramm: Namens der Reichsregierung bitte ich, der Schutzpolizei in Hamburg den Dank und die Anerkennung der Reichsregierung für die aufopferungsvolle Pflichterfüllung in geeigneter Weise übermitteln zu wollen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 4. April 1921.

Die Votschastertkonferenz hat den deutschen Protest gegen das Verbot des Flugzeugbaus abgewiesen.

Am 5. April findet in Berlin eine Konferenz der deutschen Finanzminister statt, auf der die durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz geschaffene finanzpolitische Lage erörtert werden soll.

Der neuernannte Oberreichsanwalt am Reichsgericht in Leipzig Dr. Ebermayer ist am 1. April durch den Reichsjustizminister Dr. Pelze feierlich eingeführt worden.

Die Sondergerichte. Wie gemeldet, hat den Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Verordnung über die Bildung außerordentlicher Gerichte erlassen, die jetzt amtlich veröffentlicht wird. Da diese Gerichte mit drei Richtern besetzt sind, die Strafsprossordnung für sie maßgebend ist und die Urteile nach den allgemeinen Strafgesetzen zu fällen sind, so können sie nicht als Ausnahmeorgane bezeichnet werden. Die außerordentlichen Gerichte sind zuständig für Hochverrat, Landesverrat, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Raub und Erpressung, gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen, Mord, Totschlag, Vergehen und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, das Entwaffnungsgesetz, wenn die Tat nach dem 10. März 1921 begangen oder fortgesetzt worden ist. Fälle, deren schnelle Erledigung keine Bedeutung hat oder unüberführbar ist, sind im ordentlichen Verfahren zu erledigen. Wer wegen eines der oben genannten Verbrechen oder Verbrechen festgenommen wird, ist unverzüglich dem zuständigen außerordentlichen Gericht oder dem Amtsrichter des Bezirks vorzuführen, in dem die Festnahme erfolgt ist. Der Festgenommene ist dann spätestens am folgenden Tage zu vernehmen. Nach der Vernehmung sind die Akten sofort der Anklagebehörde zuzuleiten. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt. Gegen die Entscheidung des außerordentlichen Gerichts ist kein Rechtsmittel zulässig. Ueber Anträge auf Wiederausnahme des Verfahrens entscheidet das im außerordentlichen Verfahren zuständige Gericht. Die Strafvollstreckung erfolgt durch die Anklagebehörde. Die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte endet mit der Außerkräftigung dieser Verordnung. Schon vorher kann ein außerordentliches Gericht durch Anordnung des Reichsministers der Justiz aufgehoben werden.

München verbietet die kommunistischen Versammlungen. Da die Kommunisten in ganz Deutschland die Parole zum Generalstreik ausgegeben und die Propaganda der Tat ausgenommen haben, wird die Polizeidirektion München künftig kommunistische Versammlungen nicht mehr genehmigen, weil die Leute, die sich selbst außerhalb des Staates stellen, nicht auf die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit Anspruch erheben können.

Der Trauertag für die Kriegsgesetzten. Der Reichstag beabsichtigt noch vor Ostern einen allgemeinen Trauertag für die Kriegsgesetzten festzusetzen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist aber, wie wir erfahren, im Reichsrat auf Wiederstand gestoßen. Dort sollen Vertreter eines Bundesstaates abgelehnt haben, daß das Reich sich in die Festsetzung von Feiertagen auch für die Länder einmische. Hoffentlich hält der Reichstag dennoch an dem Gedanken des Gedentages fest.

Erhöhung der Pensionsforderungen. Der Entschädigungsausschuß hat nach Anhörung der deutschen Delegation deren Einwände gegen die Gesamtsumme der Pensionszahlungen abgelehnt. Bei den Pensionszahlungen müssen nach diesem Beschluß auch noch eine Reihe von Zahlungen geleistet werden. Folgende Zusatzkategorien sollen in die von Deutschland zu zahlenden Pensionen einbezogen werden: 1. Arzt und Pensionskosten und die Kosten für die Herstellung von Prothesen; 2. die Kosten des Fürsorgeamtes für die verstorbenen und entlassenen Soldaten; 3. Unterhaltskosten für die Mütter der Nation; 4. die Verhütung, die den Ehefrauen und den Familien der verstorbenen Soldaten bezahlt werden. — Die Pariser Schadensrechnung von 226 Milliarden Goldmark ist den Franzosen anscheinend immer noch nicht hoch genug. Doch warum soll man die Pensionsforderungen nicht hegen, Deutschland zahlt ja alles.

### Teilfreit der Berliner Arbeiter.

Entgegen den Wünschen der Funktionärskonferenz der städtischen Arbeiter, das Ergebnis der Untersuchung über den Tod Schörs abzuwarten, bevor man weitere Maßnahmen fasset, sind Sonnabend früh die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke im Dichtenberg in einen Proteststreik getreten. Sie verlangen sofortige Aufhebung des Schleierlasses und wollen gleichzeitig gegen die Erschießung Schörs demonstrieren. Sie erklären weiter, daß sie erst dann die Arbeit wieder aufnehmen werden, wenn ihre Forderungen restlos bewilligt sind. Auch die Dichtenberger Elektrizitätsarbeiter wollen in den Ausstand treten.

### Die Generalstreikparole der Kommunisten zurückgenommen.

Wie verlautet, haben die R. A. P. D. und die R. W. P. D. ihre gemeinsam ergangene Generalstreikparole vom Gründonnerstag gemeinsam zurückgenommen. Dieser Beschluß gilt für ganz Deutschland; die mitteldeutschen Kommunisten, die der Aufhebung der Generalstreikparole widersprachen, blieben in der Minderheit.

### Neue Einigungsverhandlungen im Ruhrgebiet.

Die Einigungsverhandlungen im Ruhrgebiet...

Über die...  
der auf...  
sichlich...  
den Be...  
100 000...  
Bl...  
gischen...  
Kommun...  
Wart a...  
legt die...  
zweifel...  
gen tom...  
ber Ur...  
nen, a...  
gemeinf...  
so blich...  
sicher ge...  
gen, sta...  
bel Bee...  
entfom...  
Wegend...  
Bande...  
daß sich...  
Die...  
Mittelde...  
2000...  
den ins...  
erhält d...  
Reichen...  
Kommun...  
Stämmel...  
Im...  
Berungs...  
es würd...  
eine Sä...  
Raumbü...  
Su...  
Wartell...  
aufgef...  
Am...  
kale fa...  
hand sa...  
Die...  
nach Zap...  
auslöben...  
forderung...  
Waglan...  
- In...  
gegen de...  
Rachinen...  
blieben...  
stet und...  
miele" sch...  
vor einer...  
Ausbruch...  
der Tran...  
sch mit...  
Transport...  
Wittmo...  
sol endg...  
die Orga...  
haben. I...  
Million...  
Die...  
- Re...  
von Zor...  
den. Das...  
Werkst...  
Verusen...  
sonderer...  
führer im...  
Wagnis...  
Frei...  
Wichtig...  
das The...  
lassen...  
Leben ge...  
Da...  
Im...  
berung...  
1920 ver...  
wesentl...  
wichtig...  
Die...  
Mittel d...  
nungsja...  
Wohnst...  
and Mo...  
für die...  
für die...  
für die...  
für die...  
für die...  
für die...  
für die...  
Auf...  
gesehen...  
Feuert...  
logenann...  
altew B...



Aber die Ueberführten werden in diesen Tagen wieder aufgenommen. Wie die „Buerische Zeitung“ hört, wird sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns voraussichtlich am Montag in das Ruhrgebiet begeben, um an den Verhandlungen teilzunehmen.

### 100 000 Mark Belohnung auf die Ergreifung von Hölz.

Wie die „Voss. Stg.“ erfährt, ist von der preussischen Regierung auf die Ergreifung des berühmtesten Kommunistenführers Hölz eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt worden. Auf die Ergreifung des Hölz legt die Polizei deshalb solchen Wert, weil es unzweifelhaft feststeht, daß er der geistige Leiter des ganzen kommunistischen Aufstiehs in Deutschland und auch der Urheber der zahlreichen Anschläge auf Eisenbahnen, auf Amtsgeschäfte und auch auf die Siegesfeste gewesen ist. Mehrfach schon ist die Schutzpolizei Hölz so dicht auf den Fersen gewesen, daß seine Ergreifung sicher schien. Immer wieder ist es aber Hölz gelungen, sich der Gefangennahme zu entziehen. So auch bei Beesenfeld, wo ein großer Teil der Hölzbanditen entkommen ist und sich in kleinen Gruppen in die Gegend verstreut hat. Es ist festgestellt, daß diese Bande unter der Leitung von Hölz gefanden hat und daß sich Hölz unter den Deuten befindet hat.

Die Gesamtzahl der Gefangenen, die bisher in Mitteldeutschland gemacht worden ist, übersteigt bereits 2000. Die Opfer der Schutzpolizei an Toten werden insgesamt auf 40 angegeben. Von amtlicher Stelle erhält die „Voss. Stg.“ die Mitteilung, daß mehrfach Zeichen von Schutzpolizisten, die in den Kämpfen mit Kommunisten gefallen sind, in größtlicher Weise vernachlässigt worden sind.

Im Weisental ist von der Schutzpolizei eine Säuberungsaktion von Merseburg aus durchgeführt worden; es wurden 50 Gefangene gemacht. Sonnabend hat eine Säuberungsaktion im Infrutal von Rebra und Naumburg aus begonnen.

In Halle hat das kommunistische Gewerkschaftsamt den Generalstreik abgeblasen und die Arbeiter aufgefordert, sofort in die Betriebe zurückzukehren.

Am Freitag wurde die kommunistische Hauptzentrale für Schlefien von der Polizei ausgehoben. Man fand dabei wertvolles, starkbelastendes Material.

## Rundschau im Auslande.

Bei der Fahrt von Kolono nach Seebad Polangen (nördlich Memel) haben litauische Truppen bei Bajohnen unter Verletzung der Hoheitsrechte des Memelgebietes die Grenze überquert.

In der Generalversammlung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes wurde der Präsident des deutschen Reichstags, Brüder, zum ersten Vorsitzenden dieses Bundes gewählt.

Belgien wird durch einen allgemeinen Eisenbahnstreik bedroht, der durch die von der Regierung geplante Verminde rung der Zuschläge für die Lebensmittellieferung veranlaßt wird.

Die Entsendung britischer Offiziere des Fliegerdienstes nach Japan, die dort den Flugdienst der japanischen Armee ausbilden sollen, wird in Amerika als eine direkte Herausforderung betrachtet.

### England: Eine Million ausländischer Grubenarbeiter.

In ganz England legen gestern die Bergwerke still. Entgegen dem Befehl der Bergarbeiterverbände ist jedoch das Maschinen- und Pumpenpersonal teilweise bei der Arbeit geblieben. Inzwischen sind bereits einige Bergwerkschächte überflutet und zahlreiche andere stehen im Gefahr. „Daily Chronicle“ schreibt: Einige Minister teilen der Ansicht, daß England vor einer der ernstesten Katastrophen seiner Geschichte seit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 stehe. Die Vertreter der Transportarbeiter und der Eisenbahner erklären, daß sie sich mit den Bergleuten solidarisch erklären würden. Die Transportarbeiter haben sich Dienstag, die Eisenbahner für Mittwoch eine Konferenz ihrer Delegierten einberufen. Dort soll endgültig darüber bestimmt werden, welche Maßnahmen die Organisationen zur Unterstützung der Bergleute zu treffen haben. Die Zahl der streikenden Bergarbeiter wird auf eine Million geschätzt.

### Irland: Der erste katholische Bischof.

Reuter meldet, Lord Edmund Talbot ist als Nachfolger von Lord French zum Bischof von Irland ernannt worden. Lord Homelesley ist es die erste Pflicht des neuen Bischofs, die Parlamente von Nord- und Südirland einzuberufen. Die Ernennung Talbots zum Bischof ist von besonderer Wichtigkeit, da er einer der bedeutendsten katholischen Führer im Vereinigten Königreich und auch der erste katholische Bischof von Irland ist.

### Ein Attentat auf König Alfonso?

Freitagabend gegen 11 Uhr explodierte neben dem katalanischen Theater eine Bombe. König Alfonso hatte das Theater einige Minuten vor der Explosion verlassen. Man vermutet, daß das Attentat gegen sein Leben gerichtet war.

## Das Einkommensteuergesetz.

### Soziale Verbesserungen.

Im Reichsgesetzblatt wird jetzt das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 veröffentlicht. Es enthält im ganzen genommen wesentliche Verbesserungen, von denen wir die wichtigsten herausgreifen.

### Die Lohnsteuer mit ihren Abzügen.

Die Betanlagung erfolgt nicht mehr nach dem Mittel der drei letzten Jahre, sondern für ein Rechnungsjahr, und zwar beträgt die Einkommensteuer als Lohnsteuer, d. h. als Steuer für Tage-, Wochen- und Monatslohn

für die ersten angefangenen oder vollen 24 000 M.	10 %
für die nächsten angefangenen oder vollen 6 000 M.	20 %
für die nächsten angefangenen oder vollen 5 000 M.	25 %
für die nächsten angefangenen oder vollen 5 000 M.	30 %
für die nächsten angefangenen oder vollen 5 000 M.	35 %
für die nächsten angefangenen oder vollen 5 000 M.	40 %
für die nächsten angefangenen od. voll. 70 000 M.	45 %
für die nächsten angefangenen od. voll. 80 000 M.	50 %
für die nächsten angefangenen od. voll. 200 000 M.	55 %
für die weiteren Beträge	60 %

Außerdem sind noch gewisse Ermäßigungen vorgesehen. Während bisher ein Teil des Einkommens steuerfrei blieb, werden jetzt dauernd feste Abzüge als sogenannte Werbungskosten berechnet; als solche gelten Beiträge für Versicherungen aller Art, für Be-

ruhsvertretungen, Fahrtkosten zur und von der Arbeitsstätte, teilweise Berufsausbildung und Ähnliches. Die Ermäßigung beträgt für den Steuerpflichtigen und für jede zu seiner Haushaltung zählende Person, wenn sie nicht selbständig zu veranlagen ist, 120 Mark bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 60 000 Mark, 60 Mark bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 60 000 Mark, aber nicht mehr als 100 000 Mark.

Bei Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 24 000 Mark ermäßigt sich für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind, das nicht selbständig zur Steuer zu veranlagen ist, die Einkommensteuer bei der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 und die folgenden Rechnungsjahre um 180 Mark.

Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug für den Steuerpflichtigen und seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau bei Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen für 4 Mark täglich, bei Berechnung nach Wochen für 24 Mark wöchentlich und bei Berechnung nach Monaten für 100 Mark monatlich zu unterbleiben. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind um 6 Mark täglich oder 36 Mark wöchentlich oder 150 Mark monatlich.

### Erleichterungen für Kleinrentner.

Auch der Kleinrentner ist in dem abgeänderten Gesetz besonders gedacht worden. Ist der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht nur zeitweilig behindert, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, so wird ihm auf Antrag die in einem Kalenderjahr entrichtete, auf volle Mark nach unten abgerundete Kapitalertragsteuer, wenn sie mindestens 5 Mark beträgt, auf die von ihm für das entsprechende Rechnungsjahr geschuldete Einkommensteuer angerechnet. Die Anrechnung erfolgt bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 5000 Mark in Höhe von 100 v. H., sie vermindert sich um je 10 v. H., also auf 90 v. H., 80 v. H. usw. bei je 1000 Mark höherem Einkommen von 6000, 7000, 8000 Mark usw. bis 14 000 Mark.

Ist somit in dem abgeänderten Einkommensteuergesetz das Bestreben des Gesetzgebers zu erkennen, sozial erforderliche und berechtigte Erleichterungen zu schaffen, so ist andererseits aber auch gegen etwaige Steuerdrückbergerel vorgegangen worden. Nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministers, die er noch erlassen wird, hat jeder darüber Aufschluß zu geben, ob er zur Einkommensteuer für das laufende Rechnungsjahr veranlagt worden ist. Es können Meldepflichten und besondere Ausweise über die Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen vorgeschrieben werden.

## Volkswirtschaftliches.

**3. Fortdauer der Papierbewirtschaftung.** Das Reichskabinett hat nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände beschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungsdrukmarktes noch bis zum 1. Juli dieses Jahres fortzusetzen. Maßgebend für diese Entscheidung war der Umstand, daß sich die künftige Entwicklung des Drukpapiermarktes infolge der durch die Sanktionen geschaffenen unklaren Verhältnisse nicht genau übersehen läßt. Im übrigen hat sich auch die Mehrheit der deutschen Zeitungverleger und der Beirat der Wirtschaftsstelle entschieden für die Fortsetzung der Kontingenterung ausgesprochen.

**3. Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates.** An den deutschen Märkten war in dieser Woche teils infolge der Festunterbrechungen, teils aus anderen Gründen von einem regelmäßigen Geschäft kaum die Rede. Die Maisbezugspreise drängen weiter scharf zum Verkauf in die Märkte, und ihre Preise gingen täglich erheblich zurück, so daß am Berliner Markt zuletzt zeitweise bis 20 Mark herab für die weißen Scheine und bis zu 4,50 M. herab für die roten Scheine bezahlt wurde. Gleichzeitig gingen auch die Maispreise erheblich zurück. Die Märzlieferung hat in hauer Haltung geschlossen, zumal bezüglich der Abwicklung sich einige Schwierigkeiten seitens der Käufer ergaben, die zuletzt zu Zwangsblattstellungen führten. Andererseits sind infolge der mancherlei Art Arbeiterschwierigkeiten und auch der Unterbrechung durch die Feiertage die Witterungen nicht überall ganz prompt erfolgt, so daß die im Bezugs befindlichen Verkäufer die vom 1. April ab sehr starke Erhöhung der Eisenbahnfrachten zu tragen haben.

**3. Zulassung der Frauen zur Börse.** Gemäß einem Beschluß des Reichstags, der die Zulassung der Frauen auch zur Börse forderte, steht, wie wir erfahren, eine entsprechende Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen unmittelbar bevor.

## Aus Stadt und Land.

**Die Streikentscheidung der Berliner Elektrizitätsarbeiter ausgeschrieben.** Der Tod des Kommunistenführers und früheren Obmanns der städtischen Elektrizitätsarbeiter Schilt infolge der bei einem Fluchtversuch im Polizeipräsidium erlittenen schweren Schußverletzung hat bei der Arbeiterschaft der Berliner Kraftwerke große Erregung hervorgerufen. Ein Teil der Arbeiterschaft, der der kommunistischen Partei angehört, forderte den sofortigen Eintritt in den Streik, ein anderer Teil dagegen Proteststreik am Tage der Beerdigung. Die überwiegende Mehrheit der Elektrizitätsarbeiter trat diesem Verlangen entgegen und beschloß, zunächst die Angelegenheit gründlich zu prüfen und bis zum Abschluß dieser Untersuchung alle etwaigen Aktionen zu verschließen. Die Leiche Schilts, die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist, soll so bald als möglich in Gegenwart zweier kommunistischer Vertrauensleute feziert werden, um festzustellen, aus welcher Entfernung der tödliche Schuß abgefeuert worden ist. Bei einem Teil der Funktionäre besteht die Ansicht, am Tage der Beerdigung Schilts, falls es sich herausstellt, daß der Verstorbene den ihn begleitenden Beamten zur Seite gestossen und dann durch den oberen Korridor des Polizeipräsidiums zu entfliehen versuchte, nicht in einen 24 stündigen Pro-

teststreik zu treten, sondern lediglich während der Dauer der Beerdigung die Arbeit in den Kraftwerken ruhen zu lassen, um allen Elektrizitätsarbeitern Gelegenheit zu geben, an der Beerdigung teilzunehmen. Entscheidende Beschlüsse hierüber werden jedoch erst gefaßt werden, wenn das Ergebnis der Obduktion einwandfrei vorliegt. — Wie die „P. S. N.“ mitteilt, wird vermutlich der Staatsanwalt zur völligen Klärung des Vorfalles und um die vorhandenen Aussagen wirklich festlegen zu können, Strafantrag wegen Mord gegen den in Frage kommenden Polizeibeamten erheben.

**Von einem falschen Geldzähler befohlen.** Auf dem Stadtpostamt Hannover erschien ein Mann, der sich dem anwesenden Beamten gegenüber als amtlicher Geldzähler vom Hauptpostamt ausgab, und den Geldbestand zu zählen wünschte. Da diese amtlichen Geldzähler täglich erscheinen und die Beamten häufig wechseln, fanden die Schalterbeamten nichts Verdächtigendes dabei. Als der Mann fort war, bemerkte man, daß 77 000 Mark fehlten. Der Geldzähler war ein Gauner, der mit der Deute entkommen ist.

**Entmenschte Eltern.** In St. Peter in Oberösterreich an der bayerischen Grenze haben Bauernleute ihren schwachsinigen 20 jährigen Sohn vier Jahre lang in einem Keller verkommen lassen. Eine Magd hat Anzeige erstattet. Der Unglückliche wurde in ein Krankenhaus gebracht, während die Eltern verhaftet wurden.

**Schirmpfappe in Halle.** Der „Berl. Hof.-Anz.“ meldet aus Halle, daß von zehn Personen, die von der Schlafkrankheit befallen waren, acht gestorben sind. Das Blatt bemerkt dazu, daß es sich nicht um die tropische Schlafkrankheit, sondern um die sogenannte Schirmpfappe handelt.

**Das Frankfurter Goetheumuseum in Gefahr.** Die schlechten finanziellen Verhältnisse, in denen sich das Goetheumuseum befindet, werden jetzt offiziell bestätigt. Der erste Vorsitzende des Verwaltungsrates verabschiedet einen Hilfsplan, damit Frankfurter Bürger sich in Massen als Mitglieder des Freien deutschen Hochrats anmelden sollen.

**Verhaftung von Aufständern in Aöln.** Die Aölnener Polizei verhaftete fünf Personen, die in dem Besitz von Sprengstoffen waren und diese offenbar zu terroristischen Gewaltakten verwenden wollten. Bei einem der Verhafteten fand man auch einen Tausend-Rubel Schein. Allem Anschein nach hat man es hier mit Deuten zu tun, die in Verbindung mit Aufständern in Mitteldeutschland und mit russischen Volkshemden stehen. Auf Anordnung der Befehlshaber ist ein Kommando von hundert Polizeibeamten nach Solingen, Wald und Biesdorf abgegangen, wo Unruhen bestraft werden.

**Das gefährdete deutsche Kriegerkurhaus in Davos.** In der soeben erschienenen Nummer des Reichsarbeitsblattes berichtet Ministerialrat Dr. Karstedt über das deutsche Kriegerkurhaus Davos-Dorf: Die muster-gültige, von privater Seite zugunsten deutscher Sun-genkranker geschaffene gemeinnützige Einrichtung droht leider Deutschland verloren zu gehen, da die an ihr beteiligten Stellen infolge der Entwertung der Mark nicht mehr in der Lage sind, weitere Lasten auf sich zu nehmen. Wie die von Dr. Karstedt erwähnten Gutachten erster medizinischer Autoritäten beweisen, werde der Verlust des Kurhauses die Preisgabe eines höchstwertigen Faktors in der Bekämpfung der Tuberkulose bedeuten. Am das Haus Deutschland zu erhalten, sind deshalb unter Förderung des Reichsfinanzministers, der Reichsminister und führender Männer aus Handel und Industrie Maßnahmen im Gange, um die erforderlichen Mittel aufzubringen.

**Gefangenenernter in der Strafanstalt Bries.** Am Freitag versuchten einige Hundert Gefangene aus der Strafanstalt in Bries auszubrechen. Sie überwältigten den Hauptwachmeister, nahmen einem Beamten den Revolver weg und feuerten gegen die ihnen entgegen tretenden anderen Beamten. Diese erwiderten das Feuer, wobei zwei Gefangene getötet und etwa 18 verletzt wurden. Die Gefangenen konnten in die Arbeitszelle zurückgedrängt werden.

**Der Grenzbahnhof Domo d'Ossola abgebrannt.** Der internationale Bahnhof in Domo d'Ossola an der schweizerisch-italienischen Grenze ist abgebrannt. Die Feuersbrunst vernichtete die schweizerischen und italienischen Zollämter. In den Magazinen waren sehr viele Transitwaren aufbewahrt. 12 400 Postpakete sind verbrannt. Man glaubt, daß das Feuer durch eine in das Exportmagazin geworfene Brandbombe entstanden ist. Der Verkehr mit der Schweiz ist eingestellt.

**Sieben italienische Flugzeuge vernichtet.** Auf dem Flugfeld von Cento Cella wurde durch eine Feuersbrunst ein großer Schuppen zerstört. Sieben Flugzeuge und eine Menge Material wurden vernichtet. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

**Schiffszusammenstoß.** An der amerikanischen Küste ist der Passagierdampfer „Governor“ infolge eines Zusammenstoßes mit dem Frachtdampfer „Dartland“ gesunken. Alle Passagiere sollen gerettet sein.

### Kleine Nachrichten.

• Zur Dresdener Messe wird vom 4. bis 10. April ein Flugpostdienst Berlin-Dresden mit täglichem Hin- und Rückflug eingerichtet.

• In München hat sich dort der in große Not geratene 46 Jahre alte Privatgelehrte Richard Richter aus Schwelmbach verhängt.

• Die zum 4. April nach Bremen angeordnete Konferenz der deutschen Ernährungsminister ist, der politischen Lage halber, auf den 18. April verschoben worden.

## Bezie Nachrichten.

### Geständnisse der Hölzbanditen.

Telunion Sachsendienst meldet: Wie vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen gemeldet wird, hat die Verbrecherbande, die vor einigen Tagen in Albersleben festgenommen war, zugestanden, daß sie unter Leitung von Max Hölz Dynamitanschläge im Freistaat Sachsen und in der Provinz Sachsen verübt haben. — Hölz, auf dessen Ergreifung 100 000 Mark gesetzt wurden, soll sich in einen roten Schacht des Rallwerts Johannsdorf bei Halle gestürzt haben.



**Die Abstimmung über den Anschluss  
in Oesterreich.**

Wien, 2. April. Nach dem „Neuen Wiener Tageblatt“ wird das Gesetz über die Volksabstimmung vom Nationalrat nächstens verabschiedet werden, worauf in allen Ländern die Volksbefragung über den Anschluss an das Deutsche Reich vorgenommen werden wird.

**Der Kolonieraub.**

**Verkauf deutschen Eigentums in Darassalam.**

Am 2. Mai wird die 1. Versteigerung deutschen Besitzes in Darassalam stattfinden. Es kommen 40 Grundstücke in der Hauptstadt unserer ehemaligen Kolonie unter den Hammer, die größten und wichtigsten der Stadt, die Handelshäuser der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, der Ostafrika-Bank, der Ostafrikanischen Bank, der Hamburger Firmen D'Swald, Hansing u. Co., Willy Müller, Max Steffens, die Brauerei Schulz, Hotels und zahlreicher Privatbesitz.

Wie mächtig hatte sich gerade unsere frühere ostafrikanische Kolonie entwickelt. Und nun müssen wir zusehen, wie all das deutsche Eigentum in die Hände der Gegner übergeht.

**Die polnischen Freunde.**

Breslau. Am zweiten Feiertag gegen 8 Uhr abends fuhr ein englisches Auto in schneller Fahrt auf der Chaussee Oppeln-Groß-Strehlitz gegen ein über den Weg gespanntes Drahtseil. Dem Chauffeur wurde der Kopf, einem englischen Obersten die Schädeldede abgerissen, ein französischer Offizier erlitt einen schweren Beinbruch. Die ersten beiden sind tot.

**Sächsisches.**

Zittau. Der Stadtrat hat beschlossen, innerhalb der nächsten 2 Jahren grundsätzlich keine neuen Konzessionen für Schankwende und für Kleinhandel mit Spirituosen zu erteilen. Nach Ansicht des Stadtrates genügen die vorhandenen Schankwirtschaften und Verkaufsstellen vollkommen dem normalen Bedarf.

Mittweida. Die Stadtverordneten zu Mittweida beschließen eine bedeutende Erhöhung der Hunde-, Luxus- und Bergzuchtsteuer. Ferner eine Erhöhung des Wasserpreises.

Sorna. Gelegentlich einer Nachprüfung der Getreidebestände in Seitzhain wurden in 16 landwirtschaftlichen Betrieben 112 Zentner Brotgetreide und 3,75 Zentner Weizenmehl vorgefunden. Von den 112 Zentnern Brotgetreide wurden nicht weniger wie 51 Zentner, in einem Falle 20 Zentner Roggen in einem Erdloch mit Brettern zugedeckt, weitere 25 Zentner in Schließstuben verborgen aufgefunden. Bei Nachprüfungen verheimlichtes oder in Verstecken vorgefundenes Getreide versfällt gemäß § 72 der Reichsgetreideverordnung ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsgetreidekasse, in letzter Zeit unter Gewährung eines Anteils von 30 Prozent an den Bezirksverband.

Grimma. Mit dem 1. April trat der Konrektor der Fürstenschule, Oberstudienrat Dr. Paul Meyer, in den Ruhestand. Er hat an der Fürstenschule zu St. Augustin, deren Schöler er einst war, 40 Jahre als Geschichtslehrer gewirkt. — (Die meisten Städte des Verwaltungsbezirks Dippoldiswalde haben Freistellen an der Fürstenschule Grimma.)

**Landwirtschaftlicher Verein  
Dippoldiswalde und Umgebung.**

**Einladung**

zur Sitzung Sonnabend den 9. April nachm. 5 Uhr in der  
Bühnenhofwirtschaft.

1. Vereinsangelegenheiten.
2. Besprechung von Richtlinien zur Einkommenssteuer-Dezlaration.
3. Vortrag des Herrn Landw. Lehrers Reh über Flachsbaum, Bodenbearbeitung und Bodenbakterien.
4. Allgemeine Aussprache.

Um zahlreichsten Besuch bittet  
d. V.

Für unser Filialwerk in der Nähe von Cottbus suchen wir zum baldmöglichsten Antritt einen perfekten ersten

**Gatterschneider**

(Werkmeister)

Derselbe muß mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut und in der Lage sein, einem modernen Sägewerk mit Voll- und Horizontalsägen, sowie den üblichen Hilfsmaschinen technisch einwandfrei vorstehen. Dienstwohnung vorhanden. Ausführliche Bewerbungsbriefe nebst Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbitten

R. Leinbrock Nachf.,  
Dampfsägewerk Niedersiedlitz i. Sa.

**Speise-Syrup,**  
Vid. 3.20 M., bei 5 Vid.

3. — W.  
Hermann Anders,  
Markt.

**Eine fast neue  
Trompete**

preiswert zu verkaufen. Zu  
erfragen in der Geschäftsstelle.

**Einen Knecht**

sucht Weinhold, Beerwalde.

**Beredelte  
Obstbäume**

i. g. Sort. sowie engl. Nussgrasamen  
gibt billig ab

Ernst Fuchs, Reinberg.

**Ein Wagen**

40 Ztr. Tragkraft, billig zu ver-  
kaufen Altenberger Str. 167.

**Hausmädchen**

Zu melden bei der Schwester.

**Möbel** fabrik **Max Trips**  
Inhaber: **Albin Wauer**  
Dresden-N., Königsbrücker Str. 56  
Ausstellung von ca. **250** Musterzimmern in jeder Preislage  
und für jeden Geschmack.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in  
so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und  
Geschenke sagen wir hiermit allen lieben Freunden  
und Bekannten unsern herzlichsten Dank.  
Sennewitz, am 26. März 1921. J  
**Martin Müller und Frau Olga**  
geb. Kempe.

**Sanitätsrat Dr. Voigt**  
hat seine Tätigkeit wieder  
aufgenommen.

**Warnung!**  
Hiermit warne ich jedermann,  
meinem Sohn Willy etwas zu  
borgen, da ich in keiner Weise  
für ihn aufkommen kann.  
**Max Bahltzsch,**  
Schmiedeberg.

Guterhalter  
**Kinderwagen**  
zu verkaufen Reinholdsbain 37.  
Guterhalter  
**Gehrockanzug**  
zu verkaufen. Zu erfahren in  
der Geschäftsstelle.

**Einige Fuhren Säckelstroh**

kauft sofort  
**H. Krumpolt, Buschmühle-Schmiedeberg.**

**Turnverein  
Reichstädt.**  
Dienstag vor der Singtunde  
**Versammlung.**

Suchen für unsere Tochter,  
die Ostern die Schule verlassen  
hat u. gute Schulkenntnisse besitzt,  
**Stellung**  
in best. Haushalt oder Geschäft.  
Näheres Schmiedeberg, Pöbeltal-  
straße 15 r., 1 Tr.

**Mark 90 000**

auch in kleineren Beträgen an  
Leute jeden Standes vom Selbst-  
geber gegen 6% Zinsen und  
Ratenrückzahlung sofort auszu-  
leihen. Ebenso Betriebskapital  
für Geschäfte durch  
**Büffelberg & Einemann,**  
Dortmund, Gerberstr. 3-5.  
Anfragen Nr. 2 beifügen.

Solange der Vorrat reicht, gebe  
sehr gute Senfen und Weh-  
steine unter Garantie für guten  
Schnitt des Stück für 42 M. ab.  
**W. Herrmann,**  
Gasthaus zur Schmiede,  
Obercarsdorf

**Letzte Sendung  
Rotklee**

eingetroffen bei  
**Herrmann Anders.**  
Fernsprecher 106.

**Strümpfe** werden auf  
Maschine  
**angestrikt**

bei Frau verw. Kropf, Schmiede-  
berg, Pöbeltalstraße 15 P.  
Ein guterhaltener

**Ledersofa**

billig zu verkaufen.  
Dippoldiswalde,  
Oberortplatz 147 II, Hinterhaus.

**Bruthennen**

kauft jederzeit  
**Hornei, Schmiedeberg.**

**Kurzzeitel.**

Witgeteilt vom Chemnitzer Bankverein, Zweigstelle Dippoldiswalde.

	Staatspapiere.	Kurse vom	29. 3.	1. 4.
3	Deutsche Reichsanleihe		67,50	67,125
3 1/2	do. do.		65,375	67,25
4	do. do.		67,75	67,50
5	do. do.		77,375	77,375
3	Sparprämien-Anleihe		83,25	83,50
3	Sächsische Rente		56,75	57,375
3	Sächs. St. Anleihe u. 55 à 100 T.		86,—	86,—
3 1/2	do. do. u. 52/68		84,—	82,75
4	do. do. u. 1919		73,875	73,875
3 1/3	Bundeskultur Rente-Scheine		88,875	89,50
4	do. do. do.		—	—
4	do. do. do. " neue		97,25	99,—
3	Preussische Konjols		54,125	55,—
3 1/2	do. do.		57,—	58,125
4	do. do.		67,625	67,875
	<b>Handbriefe.</b>			
3	Landwirtschaftl. Kredit. Pfdr.		86 50	86 50
3 1/2	do. do.		95 25	95 50
4	do. do.		107,—	107,—
3	Landwirtschaftl. Kreditver. Kr. bz.		89,50	89,50
3 1/2	do. do.		86,125	85,25
4	do. do.		97,75	97,75
	<b>Bank-Ketten.</b>			
	Allgem. Deutsche Credit-Anst. Leipzig		195,—	194,10
	Chemnitzer Bank-Verein		200,—	201,—
	Commerz & Privat-Bank		209,—	209,—
	Deutsche Bank		300,—	300,—
	Dresdner Bank		217,—	215,—
	Edbauer Bank		203,—	204,—
	Sächs. Bank		279,25	275,—
	<b>Devisenkurse.</b>			
	Berlin, telegraphisch: Kas-	29. 3.	29. 3.	1. 4.
	zahlung au:	Geld	Brief	Geld
	Holland	100 Gulden	2190,30	2160,30
	Dänemark	100 Kronen	1108,85	1143,85
	Schweden	100 Kronen	1476,—	1459,20
	Norwegen	100 Kronen	1013,95	1039,50
	Schweden	100 fin. Mk.	158,80	157,80
	Schweden	100 Kronen	1091,90	1091,90
	Wien (alte)	100 Kronen	—	—
	Wien (neue)	100 Kronen	16,78	16,80
	Brag	100 Kronen	82,02 1/2	82,90
	Budapest	100 Kronen	18,85 1/2	19,35 1/2
	Spanien	100 Pisten	884,10	885,90
	Brüssel-Antwerpen	100 Frk.	458,50	456,50
	Italien	100 Lire	252,20	255,45
	London	1 Pfd Sterling	249,—	245,375
	Reugort	1 Dollar	63,43	62,55 1/2
	Paris	100 Franc	438,80	439,70
				438,05
				438,95

**Stern-Lichtspiele** Heute 6 u. 1/2 9 Uhr Albert Bassermann in  
„Der Frauenarzt“  
Naturaufnahmen.



## Von Woche zu Woche.

**Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.**

Die Weltpolitik gönnt sich und uns selber keine Sonntagruhe. Nicht einmal zum hohen Osterfest. Es mußte gekämpft werden an den Feiertagen — gekämpft unter Leuten, die nach der Abstammung sich wie Brüder umarmen sollten. Bitterer noch als der Fremdenkrieg ist der Bruderkrieg. Aber seit kein den Welterschlagen hat, sind solche Verirrungen immer wieder in der Weltgeschichte vorgekommen. In unserem vielgeprüften Reich haben wir uns in den letzten Jahren an manches gewöhnen müssen, was wir früher für undenkbar und unerträglich hielten.

Am die Stelle der Osterier traten Bomben, und statt des knusperigen Osterbratens mußten wir eine Luftkurkuppe ausbläsen, die mit russischem Pfeffer gewürzt war. Glatzherweise wurde sie nicht ganz so heiß aufgesetzt, wie man sie in Moskau hatte kochen wollen. Die beauftragten Heher haben freilich tüchtig gearbeitet, weit über den Nachtstundentag hinaus; es fand sich auch ein beträchtlicher Zulauf von Abenteuerern, und die Organisation der sog. „Roten Armee“ war umfänglich und geschickt gemacht. Aber es blieb gerade das aus, worauf es ankam: die deutsche Arbeiterklasse ließ sich weder durch List noch durch Schrecken vom Wege der Vernunft abbringen.

In den Zeitungen wird sehr vielfach darüber geirrt, ob die Sicherheitspolizei und die Schutzpolizei zur Unterdrückung der Rutsche schnell genug und zahlreich genug eingesetzt worden sei, usw. Diese nachträglichen Kritiken kann man links liegen lassen und sich einfach darüber freuen, daß die Schadenfeuer verhältnismäßig flink und ohne allzu große Opfer gelöscht worden sind. Im Grunde genommen war es eine ernste Probe auf den gefunden Sinn der werktätigen Massen, und unsere Volksgenossen haben dieses Examen gut bestanden.

In diesem Lichte ergibt sich aus den Unruhen eine beruhigende Erkenntnis. Wir sehen doch, daß trotz allen Nachwirkungen von Krieg, Hunger, Demütigungen und Umwälzungen das deutsche Volk im großen und ganzen doch noch mehr Kraft im Gehirn und im Herzen hat, wie die Gewaltmenschen in Paris und in Moskau ihm zutrauen.

Also kann man auch aus dem rauhen Ostern frischen Frühlingsmut schöpfen. Den haben wir freilich auch nötig, denn es bleiben noch Bedrücknisse genug. Die „Sanktionen“ der Entente (auf deutsch: die räuberischen Gewalttaten der Sieger) sind noch nicht überwunden, und die Gefahr der Teilung von Oberschlesien ist noch nicht beseitigt. Zum Ueberflus ist gerade zu Ostern dem vielgeprüften Europa noch ein neuer Keim zur Beunruhigung beiseit worden. Karl, der entthronte Kaiser von Österreich und König von Ungarn, ist überraschenderweise in dem Reststück des ehemaligen Kaiserreichs eingetroffen, um die Stefanskronen als sein legitimes Erbe zu reklamieren. Wir Deutsche haben mit unseren eigenen Angelegenheiten so viel zu tun, daß wir den anderen Völkern gern überlassen, nach ihrer eigenen Fasson sich die Staatsverfassung einzurichten. Aber das geht nur auf Gehenheit, d. h. die Umwälzungen in den anderen Ländern müssen uns in Ruhe lassen. Wenn nun aber Ungarn monarchisch wird und der wiedererstandene König mit seinem tatendürftigen Heere auch Wien und das übrige Deutsch-Österreich zu gewinnen trachtet, wenn sich daraus Kämpfe an der Donau entwickeln und die deutschen Alpenländer Schutz und Anstich suchen beim Deutschen Reich und namentlich bei Bayern, was die Franzosen wiederum verhindern wollen, — dann gibt es eine neue Verwirrung in Europa, unter der Deutschland wieder zu fürchten und zu leiden hätte.

Wir sehnen uns nach Ruhe, wie ein Kranke, der einen Genesungsschlummer tun möchte. Aber wenn wir denken, daß wir aus der einen Unruhe glimpflich herausgekommen seien, so kloßt schon eine neue Sorge an die Tür. Die Weltpolitik ist ein rastloser Quälgeist. — Klagen hilft nicht; nur durchhalten!

## Die Entwaffnung.

**Neue Verhandlungen mit der bayerischen Regierung.**  
Ueber den angeblichen Stand der Entwaffnung wird amtlich mitgeteilt:

Von den in den Pariser Entschlüssen gestellten Forderungen für die Entwaffnung der Einwohnerwehren ist die erste am 31. März abgelaufen. Die Reichsregierung hat, nachdem ihre Einwendungen von der Entente zurückgewiesen worden sind, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages und die internationale Lage den Standpunkt eingenommen, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehren freigegeben durchzuführen ist. Im ganzen Reich wird es auch möglich sein, die Frist vom 31. März, die sich auf die schweren Waffen und einen Teil der leichten Waffen bezieht, innewahalten; nur Bayern scheint im Verzug zu bleiben.

Am den Widerstand gegen die jetzt fällige Waffenabgabe durch die Einwohnerwehren in Bayern zu beseitigen, hat die Reichsregierung am 23. März d. J. nochmals durch ein vom Reichkanzler Dr. Heinze persönlich überbrachtes Schreiben bei der Bayerischen Regierung die ernstesten Schritte unternommen. Sie hat die Gründe angeführt, aus denen die Reichsregierung die weitere Durchführung der Entwaffnung der Einwohnerwehren trotz aller Bedenken für notwendig hält und die bayerische Regierung dringend ersucht, der von den verfassungsmäßigen Organen der deutschen Regierung verfolgten Politik, die von allen anderen Ländern einhellig als notwendig anerkannt ist und durchgeführt wird durch positives Mitwirken bei der Entwaffnung die Bahn zu ebnen, da nach der deut-

schen Behördenorganisation die Entwaffnung ohne solche positive Mitwirkung der bayerischen Behörden nicht durchgeführt werden könne.

An dem Tage, an dem das Schreiben überreicht wurde, brach der Aufstand in Mitteldeutschland in schwerster Form aus. Die Reichsregierung ließ durch ihren Vertreter der Münchener Regierung sofort erklären, daß die Reichsregierung des Aufstandes mit den ordentlichen Organisationen — Schutzpolizei und Reichswehr — Herr werden würde, daß also auch diese Bewegung eine Zurückhaltung des jetzt fälligen Teiles der Entwaffnung der Einwohnerwehren nach Auffassung der Reichsregierung nicht notwendig mache.

Die jüngsten Ereignisse haben trotzdem, vor allem wegen der hervorgetretenen Mängel der Bewaffnung der Schutzpolizei, dem Widerstreben der bayerischen Bevölkerungskreise neue Nahrung gegeben. Eine endgültige Meinung der bayerischen Regierung liegt noch nicht vor. Die Reichsregierung hält gegenüber der bayerischen Regierung an dem Standpunkt fest, daß die völlige Waffenabgabe der Einwohnerwehren durchzuführen ist und hat dementsprechend auch durch den Reichskommissar für die Entwaffnung die erforderlichen Anordnungen weitergehen lassen. Die Mängel in der Organisation und Bewaffnung der Schutzpolizei müssen auch nach Auffassung der Reichsregierung ausgeglichen werden, aber dieser verstärkte Schutz ist nicht nur für Bayern, sondern für ganz Deutschland erforderlich. Die Zurückhaltung der schweren Waffen und Wachtengewehre bei den Einwohnerwehren in Bayern ist nach Auffassung der Reichsregierung kein geeignetes Mittel, um diese oder andere Verbesserungen für ganz Deutschland zu erreichen.

## Ein privates Zeugnis.

Anlässlich der Preußenwahlen hatte sich die kommunistische Arbeiterpartei erdreistet, durch Maueranschläge das deutsche Proletariat aufzufordern, für Moskau in Preußen zu stimmen. Angesichts dieser Tatsache, daß die kommunistischen Führer weit genauer als die breiteren Kreise darüber orientiert sind, wie die Verhältnisse für die Arbeiterpartei zur Zeit in Sowjetrußland liegen, kann die Gewissenlosigkeit, die aus einer derartigen Aufforderung hervorgeht, nicht genug gegetelt werden. Wie es um das ganze System der Arbeiterpartei der menschlichen 3. Internationale in Wirklichkeit bestellt ist, das hört man nur recht spärlich aus Berichten aus der offiziellen Presse.

Heute sind wir in der Lage, die Zuschrift eines Seher's wiederzugeben, der über die Arbeitsverhältnisse in der Druckerei der 3. Arbeiterinternationale an die Zeitung „Trud“ (Die Arbeit) wörtlich schreibt:

„Eine Ventilation besteht in den Arbeitsräumen nicht. Sowohl die in einem engen Raum eingewandten Maschinen, alle die Arbeiter, sowie das in Unordnung herumgeworfene Material verpestet die Luft derartig, daß das Atmen fast unmöglich ist. Mittagsruhe existiert nicht. Des Abends wanken die Arbeiter wie die Schatten, vollständig ausgemergelt und kraftlos, nach Hause. Oft sind sie gezwungen, ein oder zwei Stunden länger zu arbeiten, das heißt — 10 Stunden ununterbrochen ohne Ruhepause. Die reine Hölle.“

Es wäre interessant zu erfahren, was zu diesem Berichte eines Arbeiters unsere Postel der 3. Internationale sagen. Wahrscheinlich werden sie sich an das schöne Sprichwort halten: Neben ist Silber, Schweigen ist Gold.

## „Mit der Waffe in der Hand!“

In Mitteldeutschland ist wieder Ruhe eingekehrt. Die „rote Fahne“ tobt. In ihrem Jargon ist die dort notwendig gewesene polizeiliche Tätigkeit natürlich „weissgardistische Gegenrevolution“! Selbstverständlich. In ihrer Abendausgabe vom 21. März rief sie einen blutrünstigen Aufruf „an die Arbeiter“, sie sollten „Mit der Waffe in der Hand“ die „Gegenrevolution“ niedererschlagen.

Sonst gibt der Inhalt der revolutionärsphärenreichen „rote Fahne“ wenig zu denken. Hier muß man doch denken!

1. Mit jenem Aufruf stellt sich die Redaktion der kommunistischen „rote Fahne“ offen auf die Seite der von Herrn Hörsing gekennzeichneten Heher und Plünderer! Hörsing hatte in seiner Erklärung noch bezweifelt, daß jene Terroristen mit der kommunistischen Partei zusammenhängen könnten und hatte merkwürdige Worte von „Proletaren und Spiegeln“ gemurmelt. Herr Oberpräsident Hörsing wird jetzt wohl belehrt sein.

2. Wenn die „rote Fahne“ immer gleich wie hier — und sie macht es wer weiß wie oft! — an die Waffe in der Hand des „Arbeiters“, will sagen, des Kommunisten appelliert, so muß sie doch die Ueberzeugung haben, daß ihre Genossen über Waffen verfügen! Was ist das dann für eine gemeine Heuchelei dieser Wesellen, wenn sie in entscheidenden Momenten winseln, daß sie der „Orgeß“, den „weißen Gardern“, der „bewaffneten Gegenrevolution“ ausgeliefert würden, wenn sie dummdreist die kaum vorhandene Bewaffnung der „Rechtspuffstischen“ behaupten und deren Entwaffnung fordern! Wenigstens ehrlich sein könnte doch auch ein Kommunist!

3. Wenn die „rote Fahne“ feierlich zur Gewalt gegen Recht und Gesetz aufsteht, so tut sie es, weil ihre „verantwortliche Schriftleiter“ Abgeordneter ist und die sog. Immunität der Abgeordneten ausnützt. Aber ist das nicht ein Hohn auf alle Begriffe von Recht und Gesetz, wenn das Immunitätsgesetz so mißbraucht wird? Dann könnte ja nächstens ein Abgeordneter feierlich Einbrecher werden, immer nur darauf beharrt, daß er

nur auf trüger Tat ertappt werde, dann aber frech seine Nebenbeschäftigung eingestehend. Sollte sich im Reichstage keine Mehrheit finden, die diesem frechen Treiben jener Feiglinge, die im Gefühl ihrer Sicherheit andere Leute in Verbrechen und Tod hegen, ein schnelles Ende bereitet? Oder will man warten, bis dem Volke selbst eines Tages der Geduldsfaden reißt und eine empörte Masse sich diese gewissenlosen Durschen lang und kurzen Prozeß mit ihnen macht?

## „Weißer Sonntag“

Wird in vielen Landesteilen des Reiches der Sonntag nach Ostern genannt. Diese Bezeichnung stammt davon her, daß an diesem Tage in der alten christlichen Kirche die am Tage vor Ostern Neugeborenen ihre in der Osterwoche getragenen weißen Kleider ablegten. Wohl in Anknüpfung an diesen Gedankengang fand früher in den meisten Gegenden mit katholischer Bevölkerung die Erstkommunion der Schulkinder statt, die nach der Entlassung aus der Schule zum ersten Male das Abendmahl empfingen. Diese Bedeutung des Weissen Sonntages ist mehr und mehr geschwunden, weil sich aus lokalen und anderen Gründen vielfach die Wahl eines anderen Tages für dieses Fest der heranwachsenden Jugend notwendig machte. Aber der Tag des Eintritts der Jugend in die Reihe der Erwachsenen ist der Weisse Sonntag vielfach doch geblieben. Auch dort, wo die Schulentlassung nicht mehr mit kirchlichen Festen begleitet war, zwang die Erinnerung an die einstige Bedeutung die Jugend und ihre Eltern zum Nachdenken über den schweren Schritt, den der junge Mensch beim Eintritt ins Leben tut. Unsere Zeit sieht jene Jugend ins Leben treten, von der wir in der Zukunft den Wiederaufbau des zerstörten Vaterlandes erwarten müssen, eine Jugend aber, die ohne die strenge Hand des im Kriege weisenden Vaters erzogen, von einem durch die vielen Entbehrungen aufs äußerste verbäuteten, bis an die Grenze des Menschenmöglichen überlasteten Lehrerstandes herangebildet, in den wichtigsten Charakterwerten ganz erhebliche Lücken aufweist, die also mehr als die Jugend irgend einer anderen Zeit der führenden Hand bedürfte, der sie nun durch den Eintritt ins Leben entwachst. Der Jugendpflege entsteht aus dieser Entwicklung in diesem Jahre und in den kommenden Jahren eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Alle Richtungen müssen in dieser Richtung alle Kräfte anspannen, und wenn irgend möglich zusammenarbeiten, um die Jugend aus dem sittlichen Sumpfe herauszuholen, aus dem ständig dicke Giftblasen in Gestalt von Diebstählen, Einbrüchen, Schandtaten aller Art, wenn es gut abgeht in Gestalt eines lockeren Lebenswandels ohne Autoritätsgefühl und ohne Arbeitslust aufsteigen. Eltern und Schule haben mit dem Eintritt der Jugend ins Leben ihren Einfluß verloren, sofern sie ihn sich in den Wirren der Revolutionszeit überhaupt wieder verschaffen konnten. Da müssen andere Kräfte einsehen, um den jungen Trägern der deutschen Kultur wieder einen festen moralischen Untergrund einer idealen Weltanschauung auf Grund der uralten, mit dem Menschen geborenen Sittengesetze zu geben.

## Der vernachlässigte Wiederaufbau.

In Paris haben vor einiger Zeit die Gewerkschaften eine Massenkundgebung dagegen veranstaltet, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete von der französischen Regierung in unverantwortlicher Weise verschleppt worden sei. Damit ist der von Deutschland wiederholt erhobene Vorwurf als gerechtfertigt anerkannt, daß Frankreich die zerstörten Gebiete im Nordwesten des Landes absichtlich nicht wiederherstelle. Als Gründe für diese Saumseligkeit können nur folgende beide in Frage kommen: 1. Die Machtverhältnisse in Paris wollen die Ruinen im ehemaligen Kriegsgebiet bewahren, um damit immer wieder die Empörung der Welt gegen die „deutsche Grausamkeit“ aufzufrischen zu können; 2. aber wollen zahlreiche französische Schieber und Gewinnler aus dem Wiederaufbau des zerstörten Gebietes eine dauernde Rente ziehen. — Es ist uns leider bisher nicht gelungen, die Franzosen zu klarer Stellungnahme zu bewegen und die Welt darüber aufzuklären, daß nicht wir die Schuld daran tragen, wenn die Ruinen im Nordwestfrankreich und Belgien noch immer nicht beseitigt sind. Nun soll endlich auf einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu Amsterdam die Frage des Wiederaufbaues praktisch in Angriff genommen werden. Die deutschen Vertreter kennen jetzt die Schwierigkeiten, welche französischerseits zweifellos auch diesmal wieder bereit werden dürften. Ihr Streben muß sich darauf richten, mindestens alle übrigen Delegierten für positive Vorschläge zu gewinnen. Darum müssen die deutschen Delegierten in den Stand gesetzt werden, nicht nur allgemeine Anregungen zu geben, sondern ein praktisches Programm mit allen Einzelheiten zu entwickeln. Ueberlassen wir die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete der gut organisierten Clique der französischen Wiederaufbaugewinnler, so werden auch in den kommenden Jahren ebenso wenig Fortschritte erzielt werden wie in den vergangenen.

## Aus Stadt und Land.

„Kommunistische Verbrechen in Oberschlesien. Der „Schles. Btg.“ zufolge wurde das dem Fürsten zu Lynar gehörende Schloß Lindenau im Kreis Hoyerwerda am Mittwoch von einer Bande Kommunisten besetzt, die den Generalbevollmächtigten verschleppten und sich Donnerstag unter Mitnahme der Jagdgewehre entsetzten. Am zweiten Feiertag gegen acht Uhr abends folgte ein



Englisches Auto in schneller Fahrt auf der Chaussee  
Oppeln-Groß-Strechitz gegen ein über den Weg ge-  
spanntes Drahtseil. Dem Chauffeur wurde der Kopf,  
einem englischen Obersten die Schädeldecke  
abgerissen, ein französischer Offizier erlitt einen  
schweren Beinbruch. Die ersten beiden sind tot.

Der Berliner Kommunistenführer Ehlert seinen  
Verletzungen erliegen. Der Kommunistenführer und Ob-  
mann der Elektrizitätsarbeiter Wilhelm Ehlert, der am  
Donnerstag mittig im Berliner Polizeipräsidium bei  
einem Fluchtversuch von dem ihn begleitenden Krimi-  
nalbeamten niedergeschossen wurde, ist in der Nacht  
seinen Verletzungen erliegen. Die von einigen Blättern  
widergegebenen Behauptungen, daß Ehlert seinen Flucht-  
versuch gemacht habe, widersprechen, wie amtlich mit-  
geteilt wird, den ermittelten Tatsachen. Am Freitag  
sand im Polizeipräsidium ein Dolastermin statt, an dem  
auch Vertreter der Berliner Gewerkschaften und der  
Elektrizitätsarbeiter teilnahmen. Die kommunistischen  
Arbeiter der städtischen Kraftwerke sehen den Tod ihres  
Führers Ehlert als einen politischen Mord an und  
haben beschloffen, in den Zustand zu treten. Die auf  
dem Boden der Mehrheitssozialdemokratie und der  
U. S. V. D. stehenden Funktionäre sind bemüht, einen  
Ausgleich zu schaffen und die von den Kommunisten  
geforderte sofortige Aktion wenigstens so lange hin-  
auszuzögern, bis die Untersuchung ein klares Bild der  
Vorgänge bei der Flucht Ehlerts ergeben hat. Der Be-  
amte, der Ehlert niedergeschossen hat, hat zur völligen  
Klärung des Sachverhalts das Disziplinungsverfahren  
gegen sich beantragt.

Wiederaufnahme der Arbeit bei der A. G. Wes-  
ser in Bremen. Der Streik bei der Aktiengesellschaft  
Weser in Bremen ist im Abflauen begriffen. Drei Vier-  
tel der gesamten Arbeiter sind pünktlich zur Arbeit er-  
schienen, wodurch die Fortsetzung des Betriebes in vol-  
lem Umfang ermöglicht wurde. Die Arbeiter der Sul-  
kan-Werke in Hamburg haben, um die Wiedereröffnung  
des Betriebes zu ermöglichen, zugestehen müssen,  
daß von der Wiedereinstellung solcher Arbeiter abge-  
sehen werden kann, die durch ihr Verhalten zu der  
Schließung des Betriebes beigetragen haben, daß jede  
politische Tätigkeit innerhalb des Betriebes unterbleibt  
und Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit  
nur mit Genehmigung der Betriebsleitung abgehalten  
werden können, sowie daß eine Revision der Kleider-  
spinde nach Munition und Waffen erfolgt.

Explosion bei Magdeburg. Die „Magdebur-  
gische Bzg.“ meldet aus Burg bei Magdeburg: Am 31.  
März ereignete sich auf der roten Mühle bei Burg eine  
Explosion schwerer Granaten, wobei ein Mädchen ge-  
tötet und fünf Leute schwer verletzt wurden, so daß  
ihre Ueberführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Vier Arbeiter bei einem Explosionsunglück ge-  
tötet. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich  
auf dem Hofsdorfer Werk der Odenwälder-Gartstein-  
Industrie bei Darmstadt durch vorzeitige Entladung  
eines Sprengschusses. Vier beim Stein Sprengen be-  
schäftigte Arbeiter aus Sunderhausen wurden durch  
abgesprengte Gesteinsmassen verschüttet und getötet.  
Die Leichen wurden gegen Abend geborgen.

Zur Streikfrage in Pommern. Mit dem ersten  
April laufen in Pommern die landwirtschaftlichen Tar-  
ifverträge ab. Während ein Teil der Arbeitnehmer  
bereits neue Tarife unter ähnlichen Bedingungen wie  
die alten abgeschlossen hat, werden Erneuerungen von  
seiten des größeren Teiles der Arbeitnehmer abgelehnt.  
Es handelt sich bei den Streikabsichten der Landar-  
beiter offensichtlich nicht um eine wirtschaftliche, sondern  
um eine politische Maßnahme, denn die Verhältnisse  
der Landarbeiter in Pommern sind mit die günstigsten  
im ganzen Reich. Deputierte bis 40 Zentner Korn, wie  
sie im Kreise Straßburg gegeben werden, sind keine  
Seltenheit. Daneben erhalten die Arbeiter natürlich  
Lohn, freie Wohnung, Ackerland, Feuerung und  
Bieh. Die Landarbeiter Pommerns haben somit be-  
deutend günstigere Lebensbedingungen als ihre städti-  
schen Kollegen. Trotzdem scheinen es die ausländischen  
Elemente fertiggebracht zu haben, eine große Anzahl  
pommerscher Landarbeiter für den Streik zu gewinnen.  
Es ist bekannt, daß solche Elemente nicht die Not  
bedenken, in die sie die städtische Bevölkerung durch  
eine solche Ernährungsfabrik bringen. Gerade eine  
Zeit dringender landwirtschaftlicher Arbeit, wie die  
augenblickliche, erscheint ihnen für ihre volkstümlichen  
Pläne am geeignetsten.

Der Verleger Brochhaus gestorben. Albert  
Brochhaus, Centorches des Verlagshauses J. A. Broch-  
haus, ist im Alter von 65 Jahren nach kurzer Krank-  
heit gestorben. Er hat nicht nur den buchhändlerischen  
Vertrauf der Firma zu wahren gewußt; er beteiligte  
sich auch in hervorragender Weise an dem Berufsleben  
des Buchhandels. So war er u. a. Vorsitzender der  
Internationalen Kommission, der die Leitung des per-  
manenten Büros des internationalen Verlegerkongresses  
übertragen war. Lange Jahre war er erster Vorstan-  
der des BVerbundes Deutscher Buchhändler. Sehr  
segensbringend war seine vorbildliche Arbeit auf dem  
Gebiet des Ortskantentassenwesens. An der Beratung  
einer Revision des Kranken-Versicherungsgesetzes in  
Berlin nahm er im Auftrage der sächsischen Regierung  
teil. Der Leipziger Handelskammer hat er über zwei  
Jahrzehnte angehört.

## Soziales.

Mitglieder von Pensionskassenbeiträgen. In  
zahlreichen privaten Betrieben sind Pensionskassen ein-  
gerichtet, die Invaliden-, Alters- oder Hinterblie-  
benunterstützungen gewähren und in die alle im Be-  
trieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten Ein-  
trittsgeld und Beiträge zahlen müssen. Im Laufe der  
Kriegsjahre traten in diese Betriebe zehntausende Ar-  
beiter und Angestellte ein, die wohl Eintrittsgeld und  
Beiträge zahlen mußten, die aber keine Aussicht hat-  
ten, jemals einen Pfennig an Pension oder Hinterblie-  
benrente zu erlangen, weil ihre Arbeit nur für die  
Kriegszeit dauerte, aber zur Erlangung eines Renten-  
anspruchs eine zehnjährige Beitragszahlung erforderlich  
ist. Jetzt sollen diesen Reuten die nutzlos gezahlten  
Beiträge zurückerstattet werden. Der Volkswirtschafts-  
ausschuß des Reichstages hat in seiner letzten Sitzung

vom 30. März einer vom Reichsrat bereits angenom-  
menen Verordnung zugestimmt, wonach alle diejen-  
gen Pensionskassen, die in der Zeit vom 1. August 1914  
bis 31. Dezember 1918 in solche Pensionskassen eines  
Betriebes eingetreten und in der Zeit vom 1. August  
1914 bis 31. Dezember 1918 aus der Beschäftigung  
und damit aus der Pensionskasse ausgeschieden sind,  
Anspruch auf Rückerstattung der Beiträge und  
des Eintrittsgeldes, wenn entweder für mehr als drei  
Monate Beitrag gezahlt ist oder die gezahlten Be-  
träge, Eintrittsgelder und ähnliche Zahlungen mehr als  
das Doppelte der laufenden Beiträge für drei Mo-  
nate betragen. Der Erstattungsanspruch muß inner-  
halb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Ver-  
ordnung geltend gemacht werden; sonst verliert der  
Betreffende sein Anspruchsrecht. Nach einer amtlichen  
Erklärung soll in aller Kürze eine grundlegende gesetz-  
liche Regelung auf dem Gebiete der privaten Pen-  
sionsversicherungen erfolgen.

## Scherz und Ernst.

U. Einzelheiten aus Kaiser Karls Osterfahrt. Wie  
jetzt bekannt wird, hat der frühere Monarch unter  
dem Namen Kaspar Kovacs (ein gräflicher Kammer-  
diener) in Begleitung des Grafen Erdödy eine Reise  
durch Oesterreich unternommen und eine Nacht in des-  
sen Wiener Wohnung verbracht. Sonnabend nachmit-  
tag ist der Exkaiser in Begleitung des Grafen Erdödy  
in einem Privatauto von Wien zunächst nach Fries-  
berg in Steiermark gefahren und von da nach Kotes-  
turm, wo sie das Automobil verließen. Der Exkaiser  
fragte den Chauffeur:

„Wissen Sie, wen Sie gefahren haben?“  
Als der Chauffeur mit „Nein“ antwortete, sagte  
Exkaiser Karl:

„Den ehemaligen Kaiser von Oesterreich“  
und gab dem Chauffeur 150 Frank. Graf Erdödy  
dürfte von Wien ausgewiesen werden. Das „Neue  
Wiener Journal“ erzählt, daß Exkaiser Karl nach sei-  
ner Rückkehr aus Budapest nach Steinamanger zum  
Bischof Miklos, der ihm Asyl gewährt hatte, feierlich  
ausrief:

„Ich versichere Ihnen, daß ich Ungarn lebend nicht  
verlassen werde!“

Als der Exkaiser am Ostersonntag ganz aberra-  
schend in der königlichen Hofburg in Budapest eintraf,  
erklärte sein Begleiter dem Flügeladjutanten Horvaths:  
„Seine Majestät der König ist sofort eingetroffen. Sor-  
gen Sie dafür, daß die Apartments seiner Majes-  
tät sofort in Ordnung gebracht werden.“ 2 1/2 Stun-  
den später ging „Seine Majestät“ sang- und klang-  
los ab, ohne seinen Einzug in die altbekannten Ap-  
partements gehalten zu haben.

## Spitzen.

Roman von Paul Dörmann.  
(44 Fortsetzung.)

Als Juliane den Brief gelesen hatte, stieg sie  
den Kopf auf ihre Rechte und lächelte. Sie empfand  
eine Art blöder Befriedigung, daß etwas, das sie  
immer erwartet hatte, nun endlich eingetroffen war.  
Sie begriff sehr wohl die expressiverische Absicht, die  
die Schreiberin des Briefes geleitet hatte, aber es be-  
rührte sie kaum. Sie hatte auch die deutliche Empfin-  
dung, daß, wenn sie dem in dem Briefe an sie gestell-  
ten Verlangen entspräche, es bei dieser einmaligen For-  
derung nicht sein Bewenden haben würde. Auch das  
war ihr gleichgültig. In ihrer Kasse lagen ja wohl  
außer den Depostenscheinen acht- oder tausend  
Mark. Sie brauchte kein Geld. Sie hatte keine Lieb-  
haberinnen mehr. Sie machte nicht einmal mehr Ge-  
schenke. So lange das Geld reichte, brauchte sie mit nie-  
mand zu sprechen. Und was brauchte sie sich um  
spätere Möglichkeiten zu kümmern? Was sollte sie an  
ihre Zukunft denken? Wie lange mochte ihre Zukunft  
überhaupt noch währen?

Sie erhob sich und schlich müde zu einem kleinen  
Bouleschrankchen, in dem allerhand Dinge, die aus dem  
einen oder anderen Grunde Wert für sie hatten, ver-  
schlossen waren. Und als Ida mit der Meldung, daß die  
alte Frau wieder da sei, das Zimmer betrat, übergab  
ihre Juliane Schweigsam den Umschlag, mit dem darin  
enthaltenen Geld.

Es war froh, daß die Sache abgetan war, und  
nahm mit erneuertem Eifer ihre Arbeit wieder auf.

Als Berta nun den ihr von ihrer Wirtin über-  
reichten Briefumschlag öffnete und in diesem die fünf  
blauen Scheine ohne ein Wort des Vorwurfs oder auch  
nur der Ermahnung fand, da blühten ihre begehrlichen  
grauen Augen hell auf, eine eigentümliche Röte er-  
glühte auf ihren Wangen, und sie lächelte in be-  
sonderer Weise. Sie war in ihrer völligen Mittel-  
losigkeit so Unmündig und verzagt gewesen. Das Gut,  
das sie jetzt ihr eigen nennen durfte, gab ihr Mut.

Sie verlor keinen Augenblick. Noch im Laufe des-  
selben Tages, an dem sie in den Besitz ihres Kapitals  
gelangt war, machte sie die wichtigsten Einkäufe, die  
in den nächsten Tagen vervollständig wurden. Aus  
der Nähmaschine ihrer Wirtin arbeitete sie fleißig.  
Und am Ende des Monats befah sie eine neue, aus-  
reichende ordentliche Ausstattung, deren sich keine Kam-  
merzofe in einem ersten Range hätte zu schämen brauchen.

Ihrer Wirtin hatte sie am Ende des Monats ge-  
kündigt, und am ersten Mai bezog sie ihre neue Woh-  
nung: ein einfaches, hübsches Stübchen vor dem Halle-  
schen Tor bei einer Frau Mainhardt, der Witwe eines  
kleinen Steuerbeamten.

Frau Mainhardt gewann ihr „Fräulein“ in kur-  
zer Zeit recht lieb. Ihr kleiner Hausstand machte ihr  
nicht viel Arbeit, und als echte Berlinerin befah die  
brave Frau ein starkes Bedürfnis der Mitteltänigkeit.  
Sie unterließ sich viel mit Berta, und da sie selbst  
wahrheitsliebend war, glaubte sie ihr alles.

Frau Mainhardts einziger Sohn, Theodor, ein so-  
lber junger Mensch von vierundzwanzig Jahren, war  
Schreiber am Kammergericht. Er teilte durchaus die  
gute Meinung, die seine Mutter von der neuen Mieterin  
hegte. Und er freute sich während seiner Arbeit schon  
auf die interessanten Stunden des Abends, während  
deren er neben seiner Mutter der anregenden Unterhal-  
tung des Fräulein Berta Schmider lauschen konnte.  
Das Schicksal hatte der armen jungen Dame recht  
unheimlich mitgeteilt! Durch einen blutigen Mord

er, einem gewissen Mordel, war der ehewerte  
Herr Schmider zu Grunde gerichtet und in den Tod ge-  
trieben worden, und die Tochter dieses Mordel, eine  
gewisse Rose, hatte das arme Fräulein Berta vollends  
ins Unglück gebracht. Auf welche Weise das geschehen  
war, darüber dürfte Fräulein Berta aus Hartgefühl und  
Ehrung nicht sprechen. Genug, es war so.

Diese Rose Mordel, an die Fräulein Berta noch  
bedeutende Geldforderungen hatte, sollte sich nun in  
Berlin aufhalten, jedenfalls hatte sie vor einigen Jah-  
ren da gelebt. Für Fräulein Berta würde es aber  
von großem Werte sein, wenn sie den gegenwärtigen  
Aufenthalt dieser Person ermitteln könnte. Das dürfte  
aber nur in der allerbestmöglichen Weise geschehen, und  
der Name des Fräulein Berta Schmider dürfe dabei auf  
keinen Fall genannt werden.

Fräulein Berta brauchte ja freilich nicht Not zu  
föhlen; ihre Verwandten und auch ihre Erziehung die  
Frau Gräfin Zened, die ihre Eltern gut gekannt,  
und in deren Hause sie die glücklichsten Tage ihrer Ju-  
gend verbracht habe, würden ihr gewiß immer hilf-  
reich zur Seite stehen. Aber man wende sich doch nicht  
an fremde Unterstützung, wenn man sich selbst hel-  
fen könne.

Frau Mainhardt und Herr Theodor waren von  
dieser traurigen Geschichte sehr ergriffen. Der guther-  
zige Theodor nahm sich ernsthaft vor, Fräulein Berta  
Witterdienste zu leisten.

In der Tat war Berta viel daran gelegen, dem  
Aufenthalt ihrer alten Bekannten Rose Mordel zu er-  
mitteln. Sie war überzeugt, daß Rose die einzige war,  
die von dem Diebstahl wirklichen Nutzen gehabt hatte.  
Von den gestohlenen Sachen war bis auf die wenigen  
Steine und Perlen, die man bei Greeder gefunden hatte,  
nichts wieder ans Tageslicht gekommen. Offenbar war  
Rose, Wilibids frühere Geliebte, die einzige, die wußte,  
was daraus geworden war. Entweder waren sie ver-  
kauft, dann konnte kein anderer als Rose das Geld ein-  
gestrichen haben, oder sie waren, wenigstens zum Teil,  
noch irgendwo in sicherem Versteck, dann war es wieder  
um Rose allein, die darüber Auskunft geben konnte.  
Berta aber, die eine dreijährige Gefängnisstrafe abge-  
süßt hatte, war der Meinung, dadurch einen berechtigten  
Anspruch auf ihren Anteil erworben zu haben, und  
war keineswegs gesonnen, Rose im unangefochtenen  
Besitz der gemeinlich errungenen Beute zu lassen.

Theodor Mainhardt benutzte seine erste freie  
Stunde, um auf dem Einwohner-Meldeamt Nachforschun-  
gen nach Rose Mordel anzustellen. Was er da ermit-  
telte, lautete wenig befriedigend. Eine Person dieses  
Namens hatte allerdings vor drei Jahren in der Bis-  
sängstraße gewohnt. Von da war sie aber, im April  
1880, als „nach auswärts verzogen“ abgemeldet, und  
über ihren augenblicklichen Verbleib war nichts be-  
kannt.

Theodors Eifer erlahmte darum nicht. Er hatte  
mit allen möglichen Unterbeamten Verbindungen, und  
durch einen seiner Freunde wurde er mit einem im  
Polizeipräsidium Angeestellten bekannt, dem es wirklich  
 gelang, dem jungen Manne, der ein sehr ernstes Inter-  
esse an der Sache zu haben schien, die gewünschte Aus-  
kunft zu verschaffen.

Die gesuchte Rose Mordel befand sich seit einiger  
Zeit wieder in Berlin, allerdings unter einem ver-  
änderten, fremdländisch klingenden Namen. Die Poli-  
zei hatte eine ganz besondere Veranlassung, über diese  
ihre wohlbekannte Unregelmäßigkeit der falschen Meldung  
hinwegzusehen. Gegen die Rose Mordel sprachte noch  
etwas, — der Auskunftgeber wußte selbst nicht, was.  
Sie lebte anscheinend in guten Verhältnissen und machte  
ziemlich beträchtliche Ausgaben. Gerade dadurch er-  
schien sie verdächtig. Die Behörde wollte sie nun ganz  
sicher machen. Wenn sie sich vollkommen unbeschadet  
glaubte, so würde sie sich vielleicht zu irgendeiner  
verräterischen Unvorsichtigkeit verleiten lassen. Deshalb  
durfte man sie wegen der Führung eines gefälschten  
Namens nicht schikanieren. Jede polizeiliche Bebel-  
ligung würde sie kopfschmerz gemacht haben. . . .

In bewegten Worten dankte Berta ihrem jugend-  
lichen Freunde für die erfolgreichen Bemühungen. Sie  
war entschlossen, Rose Mordel schon am nächsten Tage  
in der ihr angegebenen Wohnung in der Krausenstraße  
aufzusuchen.

## XVI.

Ein wechselvolles, an Ereignissen aller Art über-  
reiches Leben lag hinter Rosen, und dieses sonderbare  
Dasein hatte eine völlige Wandlung in ihr bewirkt.

Schon am Tage ihrer Freisprechung, die sie völ-  
lig überrascht und unvorbereitet getroffen hatte, hatte  
Rose den Entschluß gefaßt, das Berliner Pflaster, das  
ihr unter den Sohlen brannte, schnellstens zu ver-  
lassen. Sie wußte auch sogleich, wohin sie ihre Schritte  
zu lenken hatte.

Unter den Mädchen, die ihr Leben teilten, hatte  
sie zwar viele gute Bekannte gehabt, aber doch nur  
eine wahre Freundin. Das war Antonie Wänzer,  
mit der sie längere Zeit auch gemeinsame Wirtschaft  
gemacht hatte.

Toni war etwa ein Jahr vor Rosens Verhaftung  
nach der Kaiserstadt an der Donau gezogen. Dort hatte  
sie ihr Glück gemacht. Sie hatte sich mit einem Älteren,  
braven, vorurteilsfreien Geisler in Margareten, na-  
mens Tagmeyer, ehelich verbunden und war eine recht  
schöne gute Hausfrau geworden, die ihrem Manne  
im Geschäfte fleißig half und sich seit ihrer Verheir-  
atung nicht das Geringste mehr hatte zuschulden kom-  
men lassen.

Rose wußte alles das. Sie hatte sogleich ihre  
wertigen Sachen zusammen, kaufte noch einige unentbehr-  
liche Kleinigkeiten dazu, und am anderen Tage fuhr sie,  
mit ihrem Wintermantel angetan, in der Hand ein  
verschlossenes Kästchen, in dem sich nur eine Bibel und  
ein paar lange Winterstrümpfe befanden, nach Wien.  
Ihre anderen Habseckheiten hatten in dem einen Kof-  
fer bequem Platz gefunden.

Rose wurde von Frau Toni Tagmeyer und deren  
gutherzigem Manne auf das freundlichste aufgenom-  
men. Rose erzählte ihr, daß ihr letzter Freund, mit  
dem sie längere Zeit zusammen gelebt, sich verheiratet  
und sich in ansässiger Weise mit ihr abgefunden habe.  
Sie besahe einige hundert Mark und brauche also für die  
nächste Zukunft nicht zu sorgen.

(Fortsetzung folgt.)